

Zuwanderung und Integration aus Sicht der Bevölkerung

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2014). *Zuwanderung und Integration aus Sicht der Bevölkerung*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-458717>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

**Zuwanderung und Integration
aus Sicht der Bevölkerung**

INHALT

	Seite
BEVÖLKERUNG HAT STARKEN ANSTIEG DER ZUWANDERUNG REGISTRIERT	1
AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN.....	7
KEINE VERSTÄRKTE ABWEHRHALTUNG GEGENÜBER ZUWANDERUNG.....	12
ÜBERWIEGEND KRITISCHE INTEGRATIONSBILANZ	28
DEUTLICHE MEHRHEIT FÜR ZUWANDERUNGSGESETZ.....	32

TABELLEN-TEIL

	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I
TABELLEN	Tabelle
<u>Informationsstand der Bevölkerung über Zuwanderung</u>	
Ist die Zahl der Zuwanderer in den letzten ein, zwei Jahren gestiegen oder zurückgegangen?	1
Erwartet man, dass die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland in den nächsten Jahren eher steigen oder eher abnehmen wird?	2 a,b

Einstellung zu Zuwanderung und Integration

Ansichten zum Thema Zuwanderung	3 a-d
Wie gut funktioniert das Zusammenleben zwischen Deutschen und den hier lebenden Ausländern?	4
Länder bzw. Regionen, aus denen nach Ansicht der Bevölkerung derzeit besonders viele Zuwanderer nach Deutschland kommen.....	5 a,b
Vermutete Gründe, weshalb Zuwanderer zu uns kommen.....	6 a-d
Hat Deutschland durch die Zuwanderung mehr Vorteile oder mehr Nachteile?	7 a,b
Profitiert Deutschland von der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien?	8
Sind die meisten in Deutschland lebenden Ausländer genügend integriert?	9
Ursachen für die mangelnde Integration.....	10 a,b

Steuerung von Zuwanderung

Brauchen wir ein neues Zuwanderungsgesetz -	
• grundsätzlich?	11
• das die Zuwanderung gezielt steuert?	12
Sollten mangels geeigneter deutscher Bewerber Fachkräfte einwandern dürfen aus -	
• der Schweiz?	13
• der Türkei?	14
• Indien?	15
• Russland?	16

Anspruch auf Sozialleistungen

Hat jemand, der aus dem EU-Ausland nach Deutschland zieht, Anspruch auf die gleichen Sozialleistungen wie ein Deutscher?	17
Gibt es viele Menschen, die nur nach Deutschland kommen, um hier Sozialleistungen zu beziehen?	18

Arbeitsmarkt

Einstellung zur EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit -

- generell.....19
- für Rumänien und Bulgarien (seit Januar 2014).....20

Sind unter den Zuwanderern viele gut ausgebildete Arbeitskräfte?

- generell.....21
- unter den Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien.....22

Flüchtlinge

Sollte Deutschland so viele Flüchtlinge aufnehmen, wie man hier unterbringen und versorgen kann?.....23

Ist Deutschland in der Lage, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen?.....24

Wurden in der eigenen Region in letzter Zeit Flüchtlinge untergebracht?.....25

Sorgt die Unterbringung der Flüchtlinge für Probleme?26

Einstellung dazu, dass

- sich Asylbewerber und Flüchtlinge nicht sofort nach ihrer Ankunft um Arbeit bemühen dürfen.....27
- Asylbewerber seit kurzem bereits nach 3 Monaten statt nach 9 Monaten eine Arbeit aufnehmen dürfen28
- Asylbewerber in Zukunft Bargeld statt wie bisher Lebensmittelpakete oder Gutscheine als Unterstützung vom Staat erhalten können.....29

ANHANG

Untersuchungsdaten

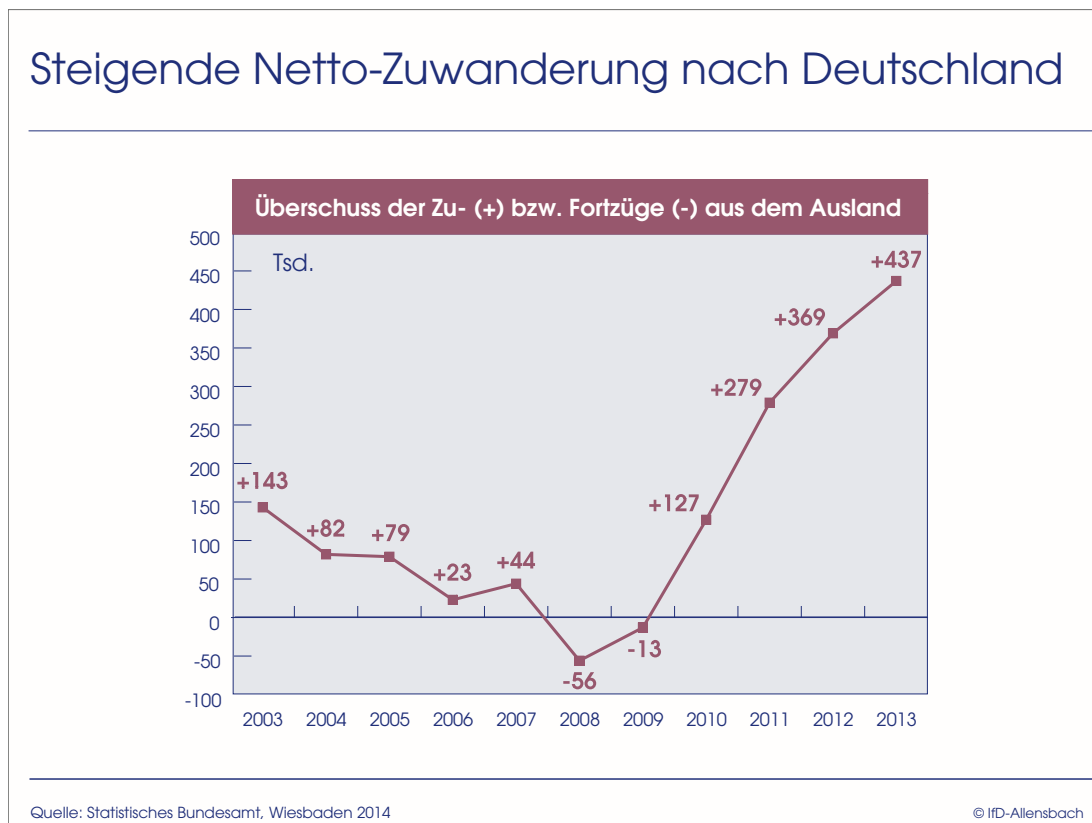
Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

BEVÖLKERUNG HAT STARKEN ANSTIEG DER ZUWANDERUNG REGISTRIERT

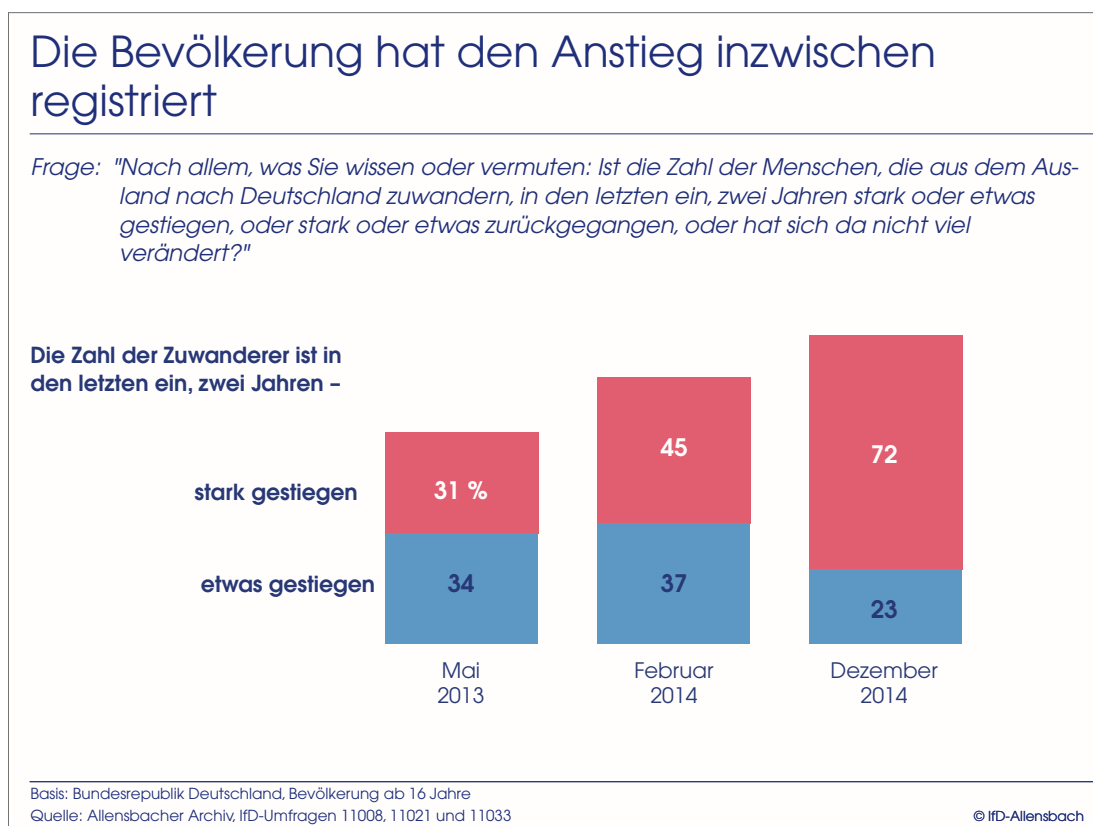
Seit einigen Jahren verzeichnet Deutschland eine kontinuierliche und rasch steigende Netto-Zuwanderung. International vergleichende Studien zählen Deutschland inzwischen weltweit zu einem der beliebtesten Einwanderungsländer. Noch 2008 und 2009 verließen mehr Menschen Deutschland als aus dem Ausland zuwanderten. 2010 waren es allerdings bereits 127.000 Menschen, die per Saldo einwanderten, 2012 belief sich der Nettozuzug auf 369.000, 2013 auf 437.000 Menschen (Schaubild 1).

Schaubild 1



Mit zeitlicher Verzögerung und nicht zuletzt bedingt durch die steigenden Flüchtlingszahlen hat auch die Bevölkerung diese Entwicklung registriert. Im Mai 2013 hatte weniger als jeder dritte Bundesbürger den Eindruck, dass die Zahl der Zuwanderer stark gestiegen sei, im Februar 2014 waren es bereits 45 Prozent. Aktuell konstatieren 72 Prozent der Bevölkerung einen gravierenden Anstieg der Einwanderung (Schaubild 2).

Schaubild 2



Auch für die Zukunft rechnet die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung damit, dass der Zustrom weiter zunehmen wird. Fast zwei Drittel gehen inzwischen sogar von einer deutlichen Zunahme aus, 10 Prozent von einer begrenzten Zunahme. Noch vor anderthalb Jahren war es weniger als jeder zweite Bürger, der einen derart starken Anstieg erwartet hat (Schaubild 3).

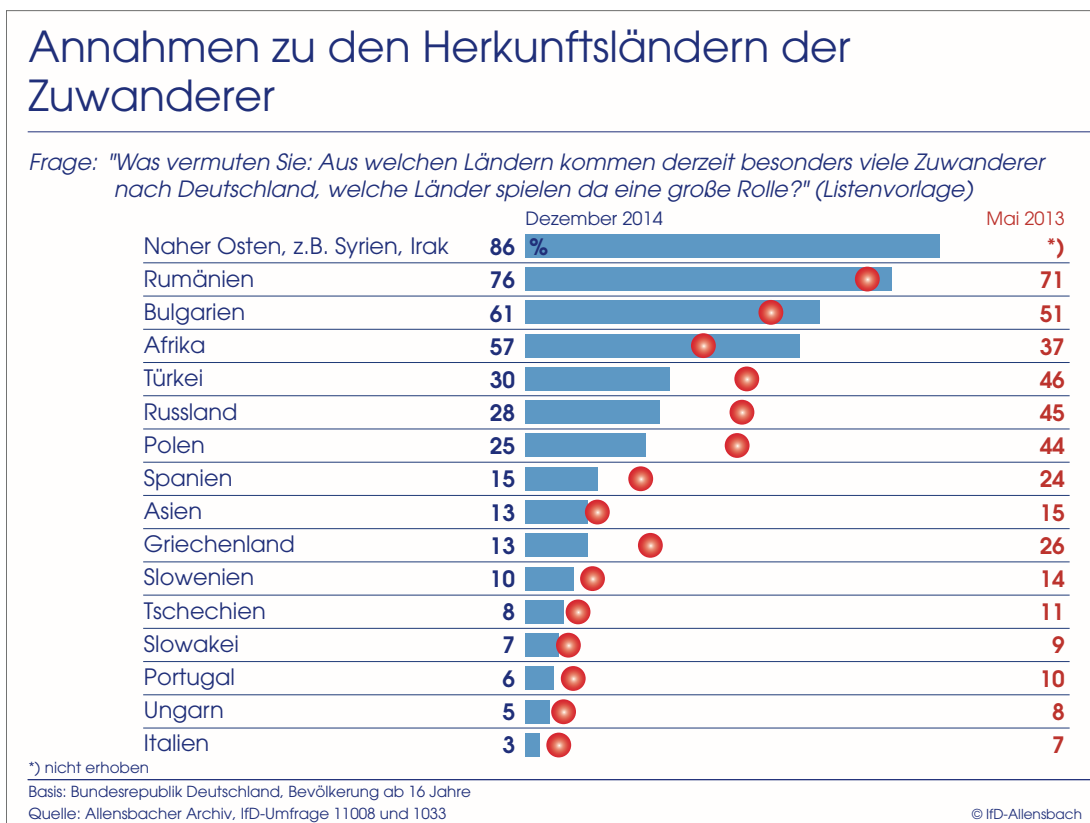
Schaubild 3

Deutlich mehr Zuwanderer erwartet			
Frage: "Wie sehen Sie das für die Zukunft: Glauben Sie, dass die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland in den nächsten Jahren eher steigen wird, oder wird sie eher abnehmen oder gleich bleiben?"			
	Mai 2013	Februar 2014	Dezember 2014
	%	%	%
Wird steigen	70	80	85
Und rechne mit –			
deutlicher Zunahme	46	56	65
geringfügiger Zunahme	19	18	10
Unentschieden, keine Angabe	5	6	10
Zahl der Zuwanderer wird abnehmen	3	1	1
Wird gleich bleiben	19	14	9
Unentschieden, keine Angabe	8	5	5
	100	100	100
<small>Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11008, 11021 und 11033</small>			

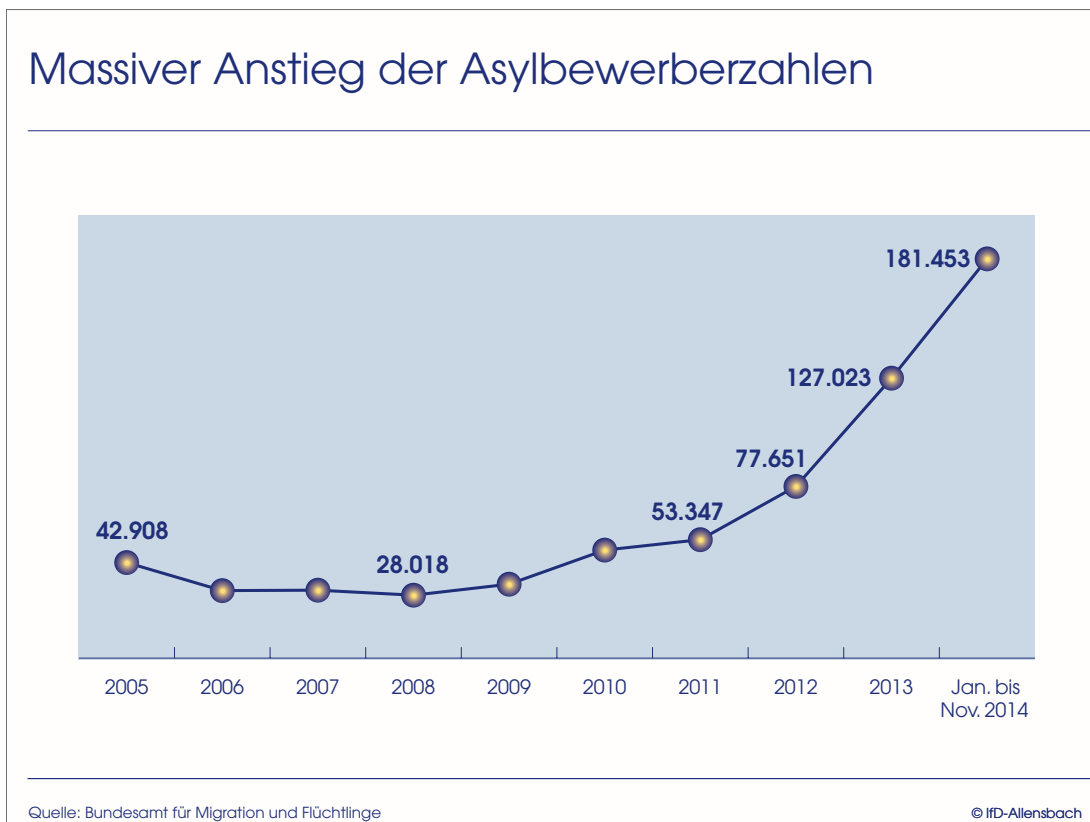
Verändert hat sich auch die Wahrnehmung, aus welchen Ländern besonders viele Zuwanderer nach Deutschland kommen. Während immer weniger Polen, Russland, die Türkei und südeuropäische Länder wie Spanien oder Griechenland als große Herkunftsländer vermutet werden, werden heute vor allem der Nahe Osten, Afrika, Bulgarien und Rumänien genannt. 86 Prozent der Bürger glauben, dass besonders viele Einwanderer aus dem Nahen Osten kommen. 57 Prozent messen – nicht zuletzt bedingt durch die mediale Berichterstattung über Bootsflüchtlinge im Mittelmeer – Afrika als Herkunftsregion der Zuwanderer eine große Bedeutung bei. Rumänien

stufen 76 Prozent, Bulgarien 61 Prozent als Länder ein, aus denen besonders viele Zuwanderer stammen. Dagegen meinen nur noch 25 Prozent der Bürger, dass besonders viele Menschen aus Polen zuwandern. 2013 waren es noch 44 Prozent (Schaubild 4).

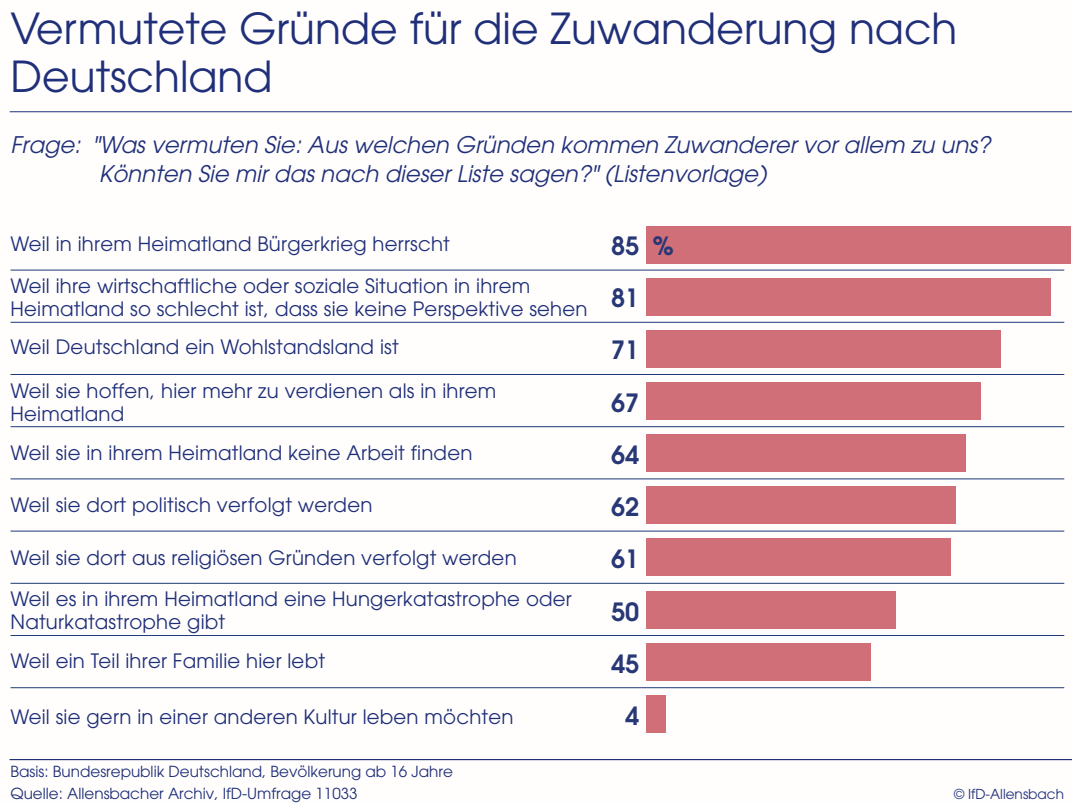
Schaubild 4



Die veränderte Wahrnehmung der Bevölkerung hat nicht zuletzt mit dem massiven Anstieg an Asylbewerbern und Flüchtlingen zu tun, die in Deutschland Zuflucht suchen. Waren es zwischen 2006 und 2009 lediglich rund 30.000 Personen pro Jahr, die in Deutschland einen Asylantrag stellten, ist die Zahl in den letzten Jahren stetig angestiegen. 2012 waren es rund 78.000 Asylanträge, 2013 127.000 und von Januar bis November 2014 gut 180.000 (Schaubild 5).



Die steigende Zahl an Asylbewerbern und Flüchtlingen prägt auch die Wahrnehmung der Bevölkerung, aus welchen Gründen Zuwanderer nach Deutschland kommen. 85 Prozent sind der Meinung, dass die Zuwanderer vor allem nach Deutschland kommen, weil in ihrem Heimatland Bürgerkrieg herrscht. Fast genauso häufig nennt die Bevölkerung allerdings auch eine wirtschaftliche oder existentielle Perspektivlosigkeit im eigenen Land als Grund. Mit etwas Abstand folgen die Aussicht, sich durch die Zuwanderung nach Deutschland wirtschaftlich besser zu stellen, indem man in Deutschland mehr verdienen kann oder generell bessere Aussichten hat, eine Arbeit zu finden. Politische und religiöse Verfolgung werden explizit jeweils von 62 Prozent bzw. 61 Prozent der Bürger als häufiger Zuwanderungsgrund genannt (Schaubild 6).



AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN

Viele Bürger sind auch in ihrem persönlichen Umfeld mit dem Anstieg der Zuwanderung, insbesondere von Asylbewerbern und Flüchtlingen, konfrontiert. 59 Prozent der Bevölkerung berichten, dass in ihrer Region in letzter Zeit Flüchtlinge untergebracht wurden. In Bayern haben mit 71 Prozent besonders viele die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrem Umfeld registriert. In Ostdeutschland konstatieren die Bürger in Thüringen und Sachsen überdurchschnittlich häufig die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrer Region, in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt sind es mit 41 Prozent deutlich weniger als im Bundesdurchschnitt (Schaubild 7).

Schaubild 7

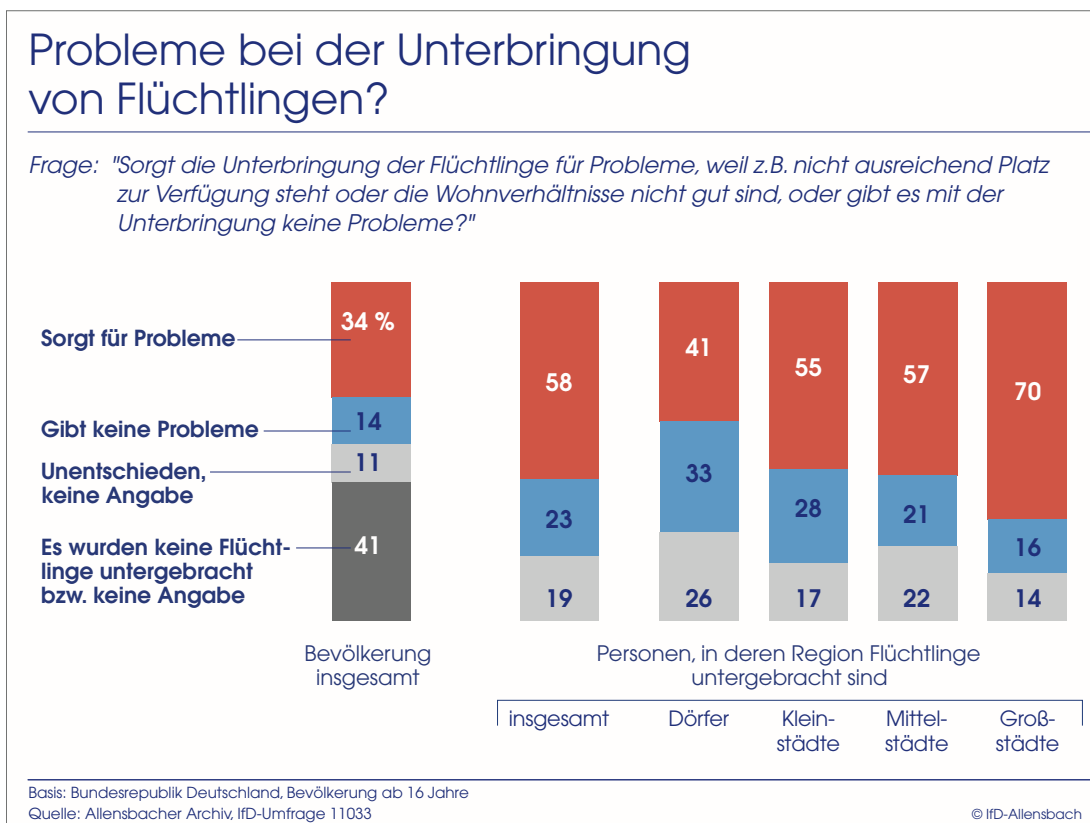
Bei der Mehrheit der Bevölkerung wurden Flüchtlinge in der eigenen Region untergebracht												
Frage: "Wissen Sie das zufällig: Sind bei Ihnen in der Region in letzter Zeit auch Flüchtlinge untergebracht worden, oder ist das nicht der Fall?"												
	Bevölkerung insgesamt	Regionale Bereiche							Stadt und Land			
		Nord	NRW	Rhein-Main/Südwest	Bayern	Berlin	Meck./Vorp. Brand. Sa-Anh.	Thür. Sachsen	Dörfer	Kleinstädte	Mittelstädte	Großstädte
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Flüchtlinge untergebracht	59	59	55	58	71	59	41	67	53	61	63	56
Nicht der Fall	16	18	17	12	11	25	30	15	21	11	13	22
Weiß nicht, keine Angabe	25	23	28	30	18	16	29	18	26	28	24	22
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033

© IfD-Allensbach

Gut ein Drittel der Gesamtbevölkerung hat den Eindruck, dass die Unterbringung für Probleme sorgt, weil nicht ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht oder aber die verfügbaren Unterkünfte unzureichend sind. Bezogen auf diejenigen, in deren Region Flüchtlingsunterkünfte errichtet wurden, berichtet mit 58 Prozent allerdings die Mehrheit über Probleme. Überdurchschnittlich groß ist die Herausforderung, ausreichende und angemessene Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, in Großstädten, während sich die Situation auf dem Land als eher weniger schwierig erweist. 70 Prozent der Einwohner aus Großstädten, die die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrer Umgebung registriert haben, haben den Eindruck, dass die Unterbringung schwierig war. In ländlichen Gebieten waren es lediglich 41 Prozent, die – soweit Flüchtlinge untergebracht wurden – deren Unterbringung als besonders schwierig wahrgenommen haben (Schaubild 8).

Schaubild 8



In der Frage, wie viele Flüchtlinge Deutschland aufnehmen soll, gibt es in der Bevölkerung kein klares Meinungsbild. 36 Prozent wünschen sich, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufnimmt, wie man hierzulande unterbringen und versorgen kann. Praktisch genauso viele, 35 Prozent, sind der Meinung, dass Deutschland möglichst wenige Flüchtlinge aufnehmen sollte. 29 Prozent sind in dieser Frage unentschieden. Insbesondere Personen aus höheren Bildungsschichten sprechen sich für eine großzügige Aufnahme von Flüchtlingen aus, während sich Personen aus einfachen Bildungsschichten eher ablehnend äußern. Kaum einen Unterschied macht indessen, wieweit man selbst bereits mit der Unterbringung von Flüchtlingen in der eigenen Region konfrontiert wurde. Von denjenigen, in deren Region bereits Flüchtlinge untergebracht wurden, sprechen sich 39 Prozent für die Aufnahme vieler Flüchtlinge aus. Bei den Personen, die in ihrer Region noch keine Flüchtlingsunterkünfte registriert haben, sind es 36 Prozent (Schaubild 9).

Schaubild 9

Geteiltes Meinungsbild zum Umfang, in dem Deutschland Flüchtlinge aufnehmen soll						
<i>Frage: "Seit einiger Zeit kommen verstärkt Flüchtlinge aus den Krisengebieten in Syrien und dem Irak nach Deutschland. Wie sollte sich Deutschland Ihrer Meinung nach bei der Aufnahme von Flüchtlingen verhalten: Sollte Deutschland bereit sein, so viele Flüchtlinge aufzunehmen, wie man hier unterbringen und versorgen kann, oder sollte Deutschland eher versuchen, möglichst wenige Flüchtlinge aufzunehmen?"</i>						
	Bevölkerung insgesamt	Schulbildung			In der eigenen Region sind Flüchtlinge -	
		einfach	mittel	hoch	untergebracht	nicht der Fall
	%	%	%	%	%	%
Viele Flüchtlinge	36	30	30	48	39	36
Möglichst wenig Flüchtlinge	35	45	34	24	32	41
Unentschieden, keine Angabe	29	25	36	28	29	23
	100	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033

© IfD-Allensbach

Ein ähnliches gespaltenes Meinungsbild lässt sich bei der Einschätzung der Bürger zu Deutschlands Kapazitäten, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, beobachten. 37 Prozent der Bürger glauben, dass Deutschland in der Lage ist, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Genauso viele zweifeln daran. Erneut gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Bildungsschichten. Während Personen mit höherer Schulbildung mehrheitlich überzeugt sind, dass Deutschland über die erforderlichen Ressourcen verfügt, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, sind Personen mit einfacher Schulbildung skeptisch (Schaubild 10).

Schaubild 10

Unterschiedliche Einschätzung der Kapazität Deutschlands, weitere Flüchtlinge aufzunehmen						
<i>Frage: "Seit einiger Zeit kommen verstärkt Flüchtlinge aus den Krisengebieten in Syrien und dem Irak nach Deutschland. Glauben Sie, dass Deutschland in der Lage ist, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen, oder ist das nicht möglich?"</i>						
	Bevölkerung insgesamt	Schulbildung			In der eigenen Region sind Flüchtlinge –	
		einfach	mittel	hoch	untergebracht	nicht der Fall
	%	%	%	%	%	%
In der Lage	37	25	36	53	39	36
Nicht möglich	37	42	41	26	38	37
Unentschieden, keine Angabe	26	33	23	21	23	27
	100	100	100	100	100	100

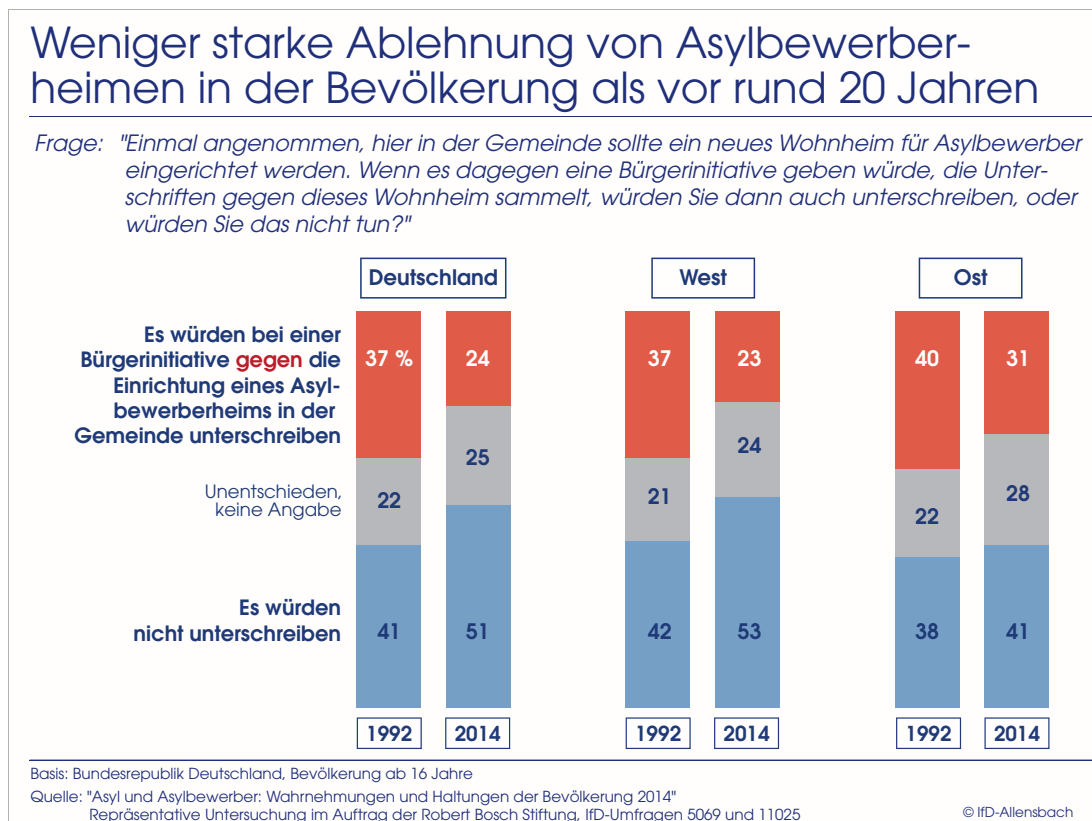
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033

© IfD-Allensbach

Die Ressentiments in der Bevölkerung sind derzeit allerdings deutlich weniger stark ausgeprägt als Anfang der 1990er Jahre, als 1992 der Zustrom von Asylsuchenden mit fast 440.000 Asylbewerbern mehr als doppelt so groß war und die damalige Flüchtlingswelle Deutschland mitten in der Rezession traf. Dies belegen Ergebnisse einer Allensbacher Studie im Auftrag der Robert Bosch Stiftung. 1992 waren 37

Prozent der Bürger grundsätzlich bereit, gegen die Einrichtung eines neuen Wohnheims für Asylbewerber zu unterschreiben. Aktuell sind es 24 Prozent. In Westdeutschland ist der Anteil von 37 auf 23 Prozent zurückgegangen, in Ostdeutschland von 40 auf 31 Prozent (Schaubild 11).

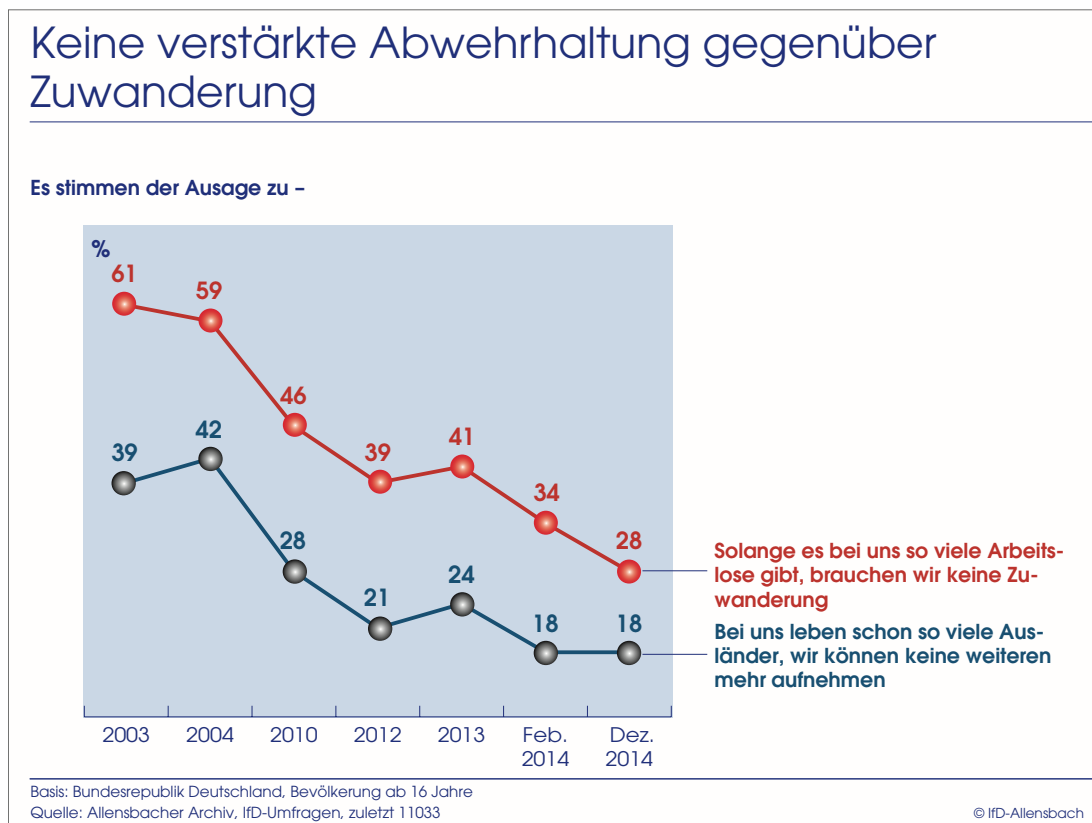
Schaubild 11



KEINE VERSTÄRKTE ABWEHRHALTUNG GEGENÜBER ZUWANDERUNG

Auch generell haben der in der Bevölkerung inzwischen registrierte Anstieg der Zuwanderung und insbesondere der große Zustrom von Flüchtlingen nicht zu einer verstärkten Abwehrhaltung geführt. Zwar vertreten immerhin 18 Prozent die Position, dass Deutschland keine weitere Einwanderung verkraften kann. Dieser Anteil hat sich im Verlauf des Jahres 2014 aber nicht erhöht und liegt deutlich unter den Werten von 2003 und 2004, als 39 Prozent bzw. 42 Prozent dem Argument "Das Boot ist voll" folgten. Auch ist der Anteil derjenigen stetig zurückgegangen, die der Auffassung waren, dass es angesichts der vielen Arbeitslosen keiner Zuwanderung bedürfe. Hier liegt auch der vielleicht wichtigste Schlüssel zum Verständnis der öffentlichen Meinung. Ohne die robuste Verfassung des deutschen Arbeitsmarkts wäre die Bevölkerung weit weniger gelassen. Während der Phase der Wachstumsschwäche und damit einhergehender hoher Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts vertraten um die 60 Prozent der Bürger die Ansicht, dass Deutschland keine Einwanderung brauche (Schaubild 12).

Schaubild 12



Auch wenn die Bevölkerung der Zuwanderung immer weniger ablehnend gegenüber steht, formuliert sie klare Erwartungen an die Zuwanderer und die Politik bei der Regelung der Zuwanderung. Dies belegt die detaillierte Bestandsaufnahme der Einstellungen zur Zuwanderung und den in Deutschland lebenden Ausländern. Die überwältigende Mehrheit der Bundesbürger erwartet von den Zuwanderern die Bereitschaft, sich in die Gesellschaft zu integrieren und fordert, das Lernen der deutschen Sprache zur Pflicht zu machen. 60 Prozent plädieren dafür, Zuwanderer mehr als bislang auf einen kriminellen Hintergrund zu überprüfen. 50 Prozent sprechen sich dafür aus, keine Armutzuwanderung nach Deutschland mehr zuzulassen. 47 Prozent verbinden mit Zuwanderung die Gefahr, dass die Kriminalität steigt.

Umgekehrt sehen aber auch viele die Notwendigkeit und den Nutzen einer Zuwanderung, wenn die "richtigen Zuwanderer" kommen. 52 Prozent vertreten die Auffassung, dass Zuwanderung dann kein Problem ist, wenn junge und qualifizierte Leute zuwandern. 44 Prozent sind überzeugt, dass Deutschland auf die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften angewiesen ist, um international konkurrenzfähig zu bleiben. 48 Prozent sind überzeugt, dass Deutschland Zuwanderung benötigt, um den Fachkräftebedarf zu sichern. Um die Folgen des demographischen Wandels in den Sozialversicherungssystemen aufzufangen, sehen 37 Prozent Zuwanderung als notwendig an. Die Bürger in Ostdeutschland, wo sich die Arbeitslosigkeit nach wie vor auf deutlich höherem Niveau bewegt als in Westdeutschland, teilen diese Ansichten deutlich weniger häufig. Ohnehin ist die Haltung der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber der Zuwanderung nach wie vor überdurchschnittlich skeptisch (Schaubild 13).

Haltungen zur Zuwanderung

Frage: "Hier auf der Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere zum Thema Zuwanderung gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung?"

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Ausländer, die zu uns kommen, sollten verpflichtet werden, Deutsch zu lernen	80	80	77
Ausländer, die zu uns kommen, sollten bereit sein, sich zu integrieren	74	75	70
Ausländer, die zu uns kommen, müssen mehr als bisher auf einen kriminellen Hintergrund überprüft werden	60	59	63
Zuwanderung ist dann kein Problem, wenn die richtigen Zuwanderer nach Deutschland kommen, z.B. junge qualifizierte Leute, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden	52	53	46
Wir sollten keine Armutzuwanderer mehr nach Deutschland lassen	50	50	51
Wir brauchen Zuwanderung, um den Arbeitskräftebedarf unserer Wirtschaft in bestimmten Bereichen zu decken	48	50	39
Durch Zuwanderung besteht die Gefahr, dass die Kriminalität steigt	47	45	55
Wir brauchen die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften, um international konkurrenzfähig zu bleiben	44	45	40
Bei uns werden zu wenig Kinder geboren, darum brauchen wir mehr Zuwanderung, um unsere Sozialversicherungssysteme zu finanzieren	37	40	27
Mehr Zuwanderung tut unserer Gesellschaft gut, sie wird dadurch offener und lebendiger	31	31	28
Solange es bei uns so viele Arbeitslose gibt, brauchen wir keine Zuwanderung	28	25	39
Die Zuwanderung nach Deutschland sollte gestoppt werden, um zu vermeiden, dass Anhänger terroristischer Gruppen zu uns kommen	21	20	25
Bei uns leben schon so viele Ausländer, wir können keine weiteren mehr aufnehmen	18	17	20

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033

© IfD-Allensbach

Deutlicher als zwischen West- und Ostdeutschland unterscheiden sich die Haltungen der verschiedenen Parteianhänger. Besonders kritisch äußern sich die AfD-Anhänger, während die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen der Zuwanderung besonders offen gegenüberstehen. 48 Prozent der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen, aber auch 41 Prozent der Linken schließen sich der Argumentation an, dass Zuwanderung die Gesellschaft bereichert, sie offener und lebendiger macht. Von den Anhängern von CDU/CSU und SPD teilen diese Ansicht nur 26 Prozent bzw. 31 Prozent, von den Anhängern der AfD lediglich 17 Prozent. Demgegenüber vertreten mit 35 Prozent überdurchschnittlich viele AfD-Anhänger die Auffassung, dass Deutschland die Kapazitätsgrenze für Zuwanderer erreicht hat. Auch die Verhinderung von Armutzuwanderung und die Gefahr einer steigenden Kriminalität werden von AfD-Anhänger mit 79 Prozent und 71 Prozent weit häufiger betont als von den Anhängern der anderen Parteien. Umgekehrt sehen die Anhänger der AfD deutlich seltener die wirtschaftliche wie demographische Notwendigkeit von Zuwanderung (Schaubild 14).

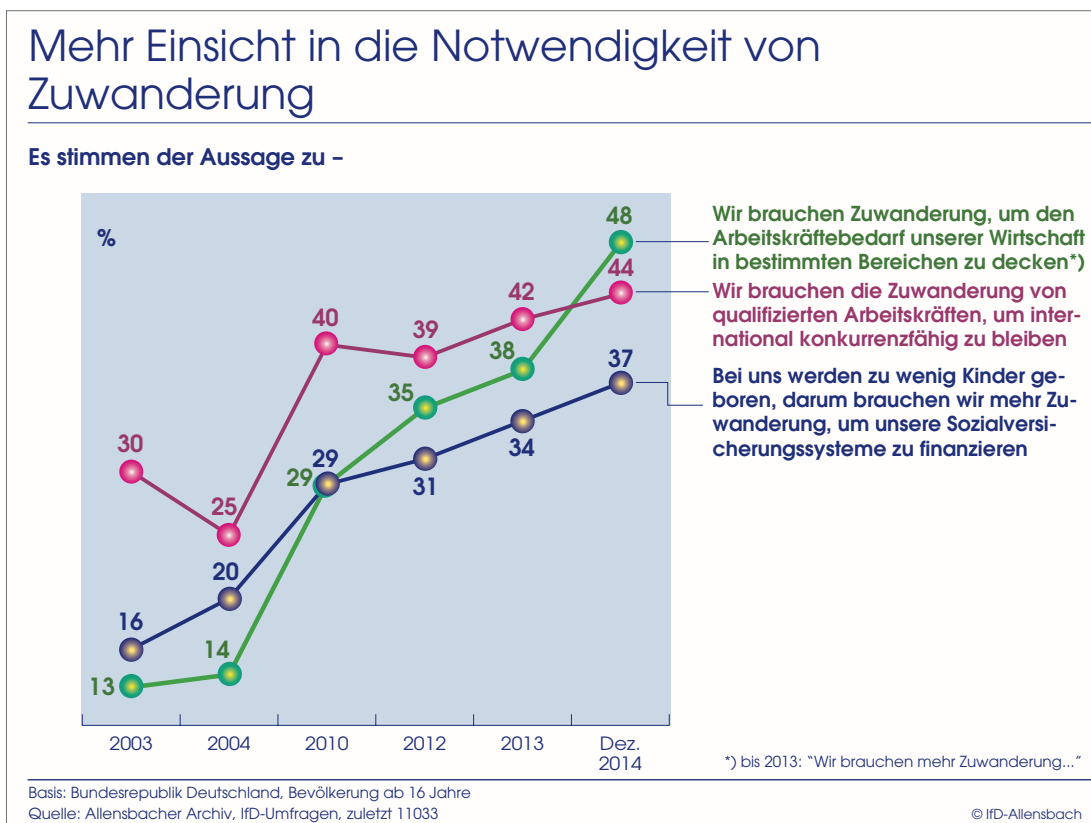
Schaubild 14

- Auswahl -	Bevölkerung insgesamt %	Anhänger von -				
		CDU/CSU %	SPD %	Bündnis 90/Die Grünen %	Die Linke %	AfD %
Wir sollten keine Armutzuwanderer, z.B. aus Rumänien, mehr nach Deutschland lassen	50	53	47	35	41	79
Wir brauchen Zuwanderung, um den Arbeitskräftebedarf unserer Wirtschaft zu decken	48	51	48	61	39	23
Durch Zuwanderung besteht die Gefahr, dass die Kriminalität steigt	47	50	42	33	48	71
Bei uns werden zu wenig Kinder geboren, darum brauchen wir mehr Zuwanderung von Arbeitskräften, um unsere Sozialversicherungssysteme zu finanzieren	37	40	38	46	32	17
Zuwanderung tut unserer Gesellschaft gut, sie wird dadurch offener und lebendiger	31	26	31	48	41	17
Solange es bei uns so viele Arbeitslose gibt, brauchen wir keine Zuwanderung	28	27	24	14	36	57
Die Zuwanderung nach Deutschland sollte gestoppt werden, um zu vermeiden, dass Anhänger terroristischer Gruppen zu uns kommen	21	24	17	9	21	41
Bei uns leben schon so viele Ausländer, wir können keine weiteren mehr aufnehmen	18	17	15	11	18	35

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11033

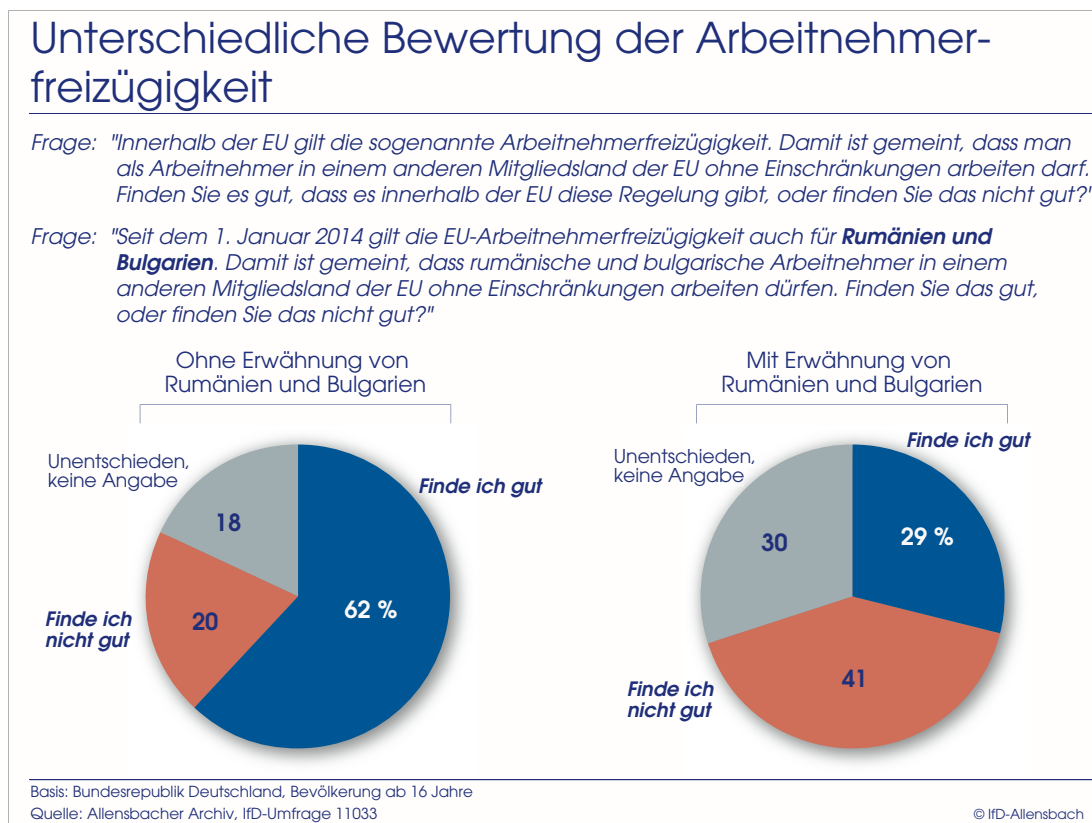
Für die Gesamtbevölkerung zeigt die Trendanalyse, dass sich die Bevölkerung langsam, aber kontinuierlich mit dem Gedanken an eine anhaltende Zuwanderung arrangiert. So ist die Überzeugung, dass Deutschland zur Fachkräftesicherung auf Zuwanderung angewiesen ist, seit 2003 von 13 auf 48 Prozent angestiegen, die Einschätzung, dass die demografische Entwicklung in Deutschland Zuwanderung erforderlich macht, von 16 auf 37 Prozent. Der Langzeittrend verdeutlicht allerdings erneut, wie sehr diese Einstellungen von dem konjunkturellen Verlauf und der Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängig sind. In Phasen der Wachstumsschwäche wie in den Jahren 2003 und 2004 war die Unterstützung für Zuwanderung deutlich geringer (Schaubild 15).

Schaubild 15



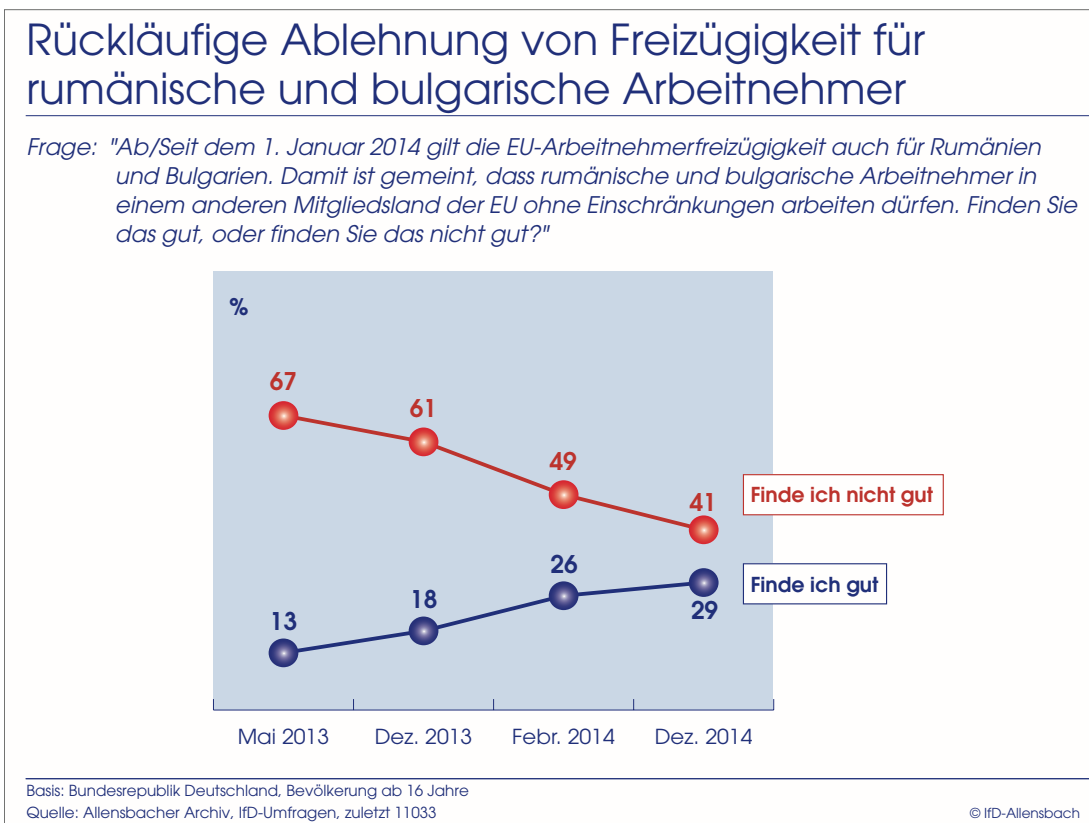
Der überwiegende Teil der Zuwanderung erfolgt aus anderen Mitgliedsländern der EU. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört zu den Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes und wird von den Bundesbürgern mit 62 Prozent auch mehrheitlich als wünschenswert eingestuft, nur 20 Prozent äußern sich kritisch. Die Ausweitung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien wird dagegen eher skeptisch gesehen: Lediglich 29 Prozent der Bevölkerung unterstützt die Ausdehnung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf diese beiden Länder, 41 Prozent lehnen sie ab (Schaubild 16).

Schaubild 16



Auch wenn die Arbeitnehmerfreizügigkeit für rumänische und bulgarische Arbeitnehmer nach wie vor skeptischer gesehen wird als die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit generell, zeigt die Trendanalyse, dass die Ablehnung in der Bevölkerung in den letzten zwei Jahren deutlich zurückgegangen ist. Im Mai 2013 lehnten zwei Drittel der Bevölkerung die Ausweitung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab. Anfang 2014, nach Inkrafttreten der Neuregelung, waren es 49 Prozent, aktuell sind es noch 41 Prozent (Schaubild 17).

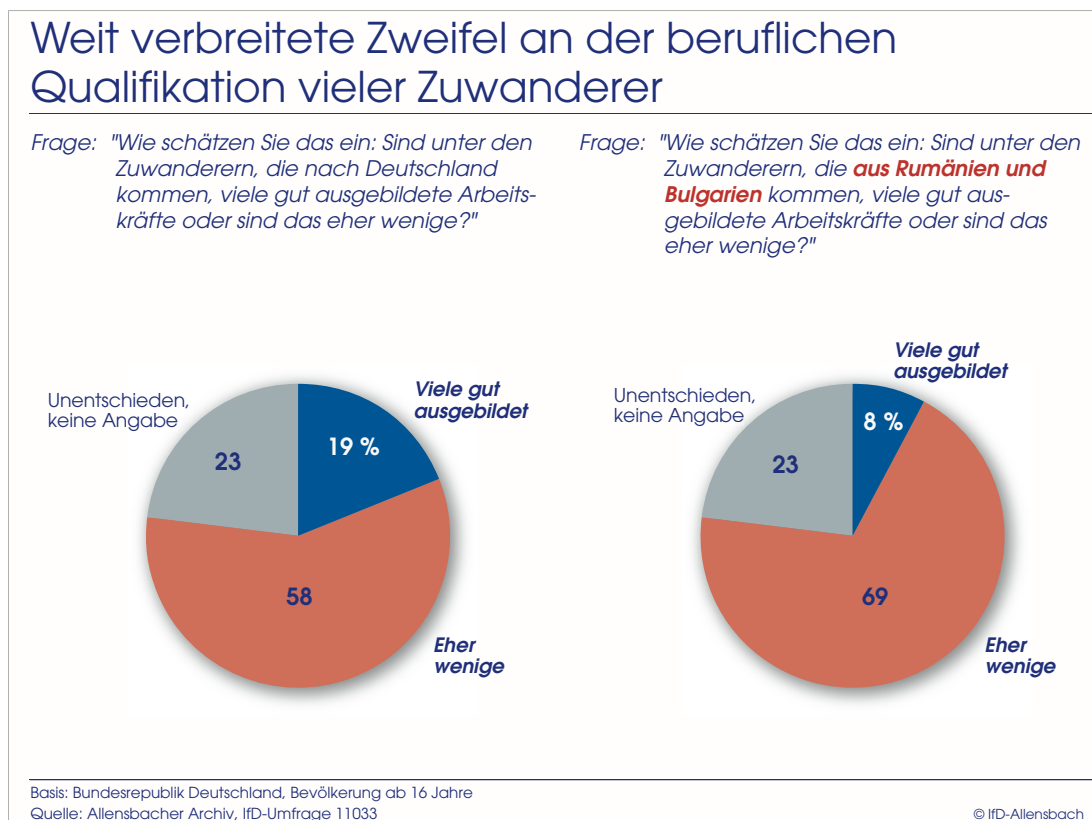
Schaubild 17



Allerdings glaubt nur eine Minderheit, dass die deutsche Wirtschaft von der Zuwanderung rumänischer und bulgarischer Arbeitnehmer profitiert. 57 Prozent sind dagegen skeptisch.¹

Ohnehin zweifelt die Bevölkerung an der beruflichen Qualifikation vieler Zuwanderer. Lediglich 19 Prozent sind überzeugt, dass sich unter den Zuwanderern, die nach Deutschland kommen, viele gut ausgebildete Arbeitskräfte befinden. 58 Prozent glauben, dass nur eine Minderheit unter den Zuwanderern über gute berufliche Qualifikationen verfügt. Mit Blick auf die Zuwanderer, die aus Rumänien und Bulgarien kommen, gehen sogar nur 8 Prozent der Bevölkerung davon aus, dass sich unter ihnen viele gut qualifizierte Arbeitskräfte befinden, 69 Prozent sind dagegen skeptisch (Schaubild 18).

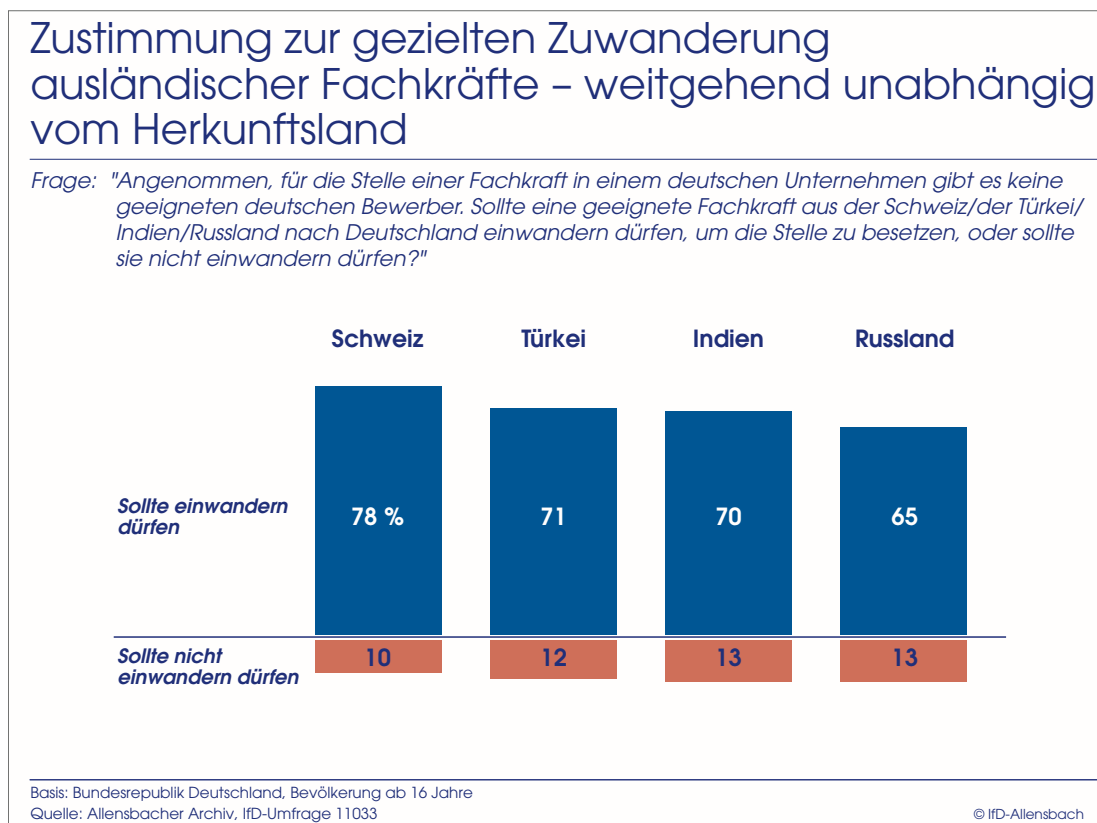
Schaubild 18



¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 8.

Soweit die fachliche Qualifikation ausländischer Bewerber außer Frage steht und es keine geeigneten deutschen Bewerber gibt, zeigen sich die Bürger offen für deren Zuwanderung – und zwar weitgehend unabhängig vom Herkunftsland. Da sich für Arbeitnehmer aus EU-Ländern aufgrund der Freizügigkeit die Frage nicht stellt, wurden lediglich Herkunftsländer außerhalb der EU zur Diskussion gestellt. Im Falle eines schweizerischen Arbeitnehmers sind 78 Prozent der Bevölkerung der Ansicht, dass er zuwandern dürfen sollte. Aber auch bei Arbeitskräften aus der Türkei, Indien und Russland spricht sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dafür aus, Bewerber aus dem jeweiligen Land nach Deutschland einwandern zu lassen. Nur jeweils eine kleine Minderheit lehnt die Einwanderung von qualifizierten Arbeitskräften ab, selbst wenn es keine geeigneten deutschen Bewerber für die Stelle geben sollte (Schaubild 19).

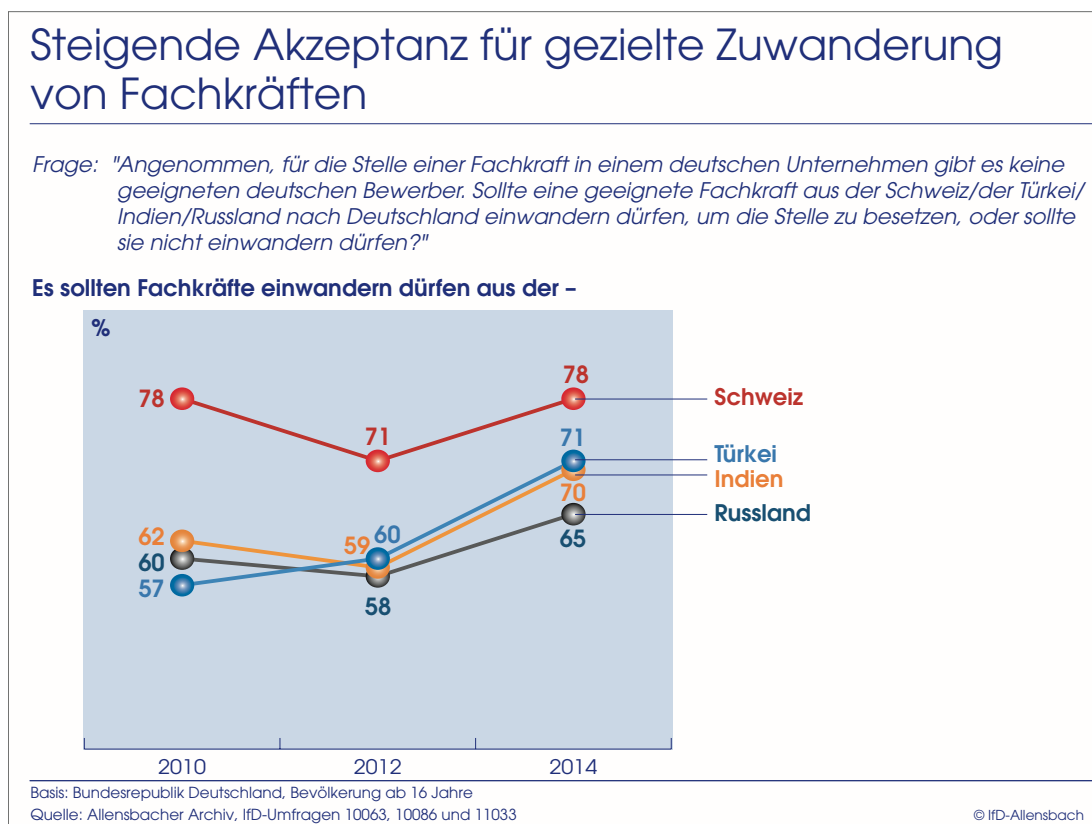
Schaubild 19



Auch für diese Frage zeigt die Trendanalyse die gestiegene Akzeptanz der Bevölkerung für eine qualifizierte Zuwanderung: Sprachen sich vor vier Jahren erst

57 Prozent für die Zuwanderung türkischer Fachkräfte aus, soweit es keine geeigneten deutschen Bewerber gibt, sind es inzwischen 71 Prozent. Auch bei Fachkräften indischer und russischer Provenienz ist die Bereitschaft gestiegen, deren Zuwanderung bei vorhandenem Bedarf inländischer Unternehmen zuzulassen (Schaubild 20).

Schaubild 20



Die Mehrheit der Bürger ist jedoch überzeugt, dass viele Zuwanderer nicht einen Arbeitsplatz in Deutschland anstreben, sondern durch das soziale Netz des Landes angezogen werden. Jeder zweite Deutsche hat den Eindruck, dass es viele Zuwanderer aus anderen EU-Ländern gibt, die nur nach Deutschland kommen, um hier Sozialleistungen zu beziehen. Lediglich rund jeder Vierte hält die vorrangige Zuwanderung in die Sozialsysteme eher für eine Randerscheinung. 16 Prozent glauben, dass EU-Bürger ohnehin keinen Anspruch auf Sozialleistungen in Deutschland haben. Besonders diejenigen, die vermuten, dass Deutschland durch die

Zuwanderung eher Nachteile entstehen, haben das Gefühl, dass der Missbrauch der Sozialsysteme durch Zuwanderer weit verbreitet ist. Diejenigen, die von einer positiven Bilanz der Zuwanderung für Deutschland überzeugt sind, halten die Zuwanderung in die Sozialsysteme dagegen eher für eine Ausnahme (Schaubild 21).

Schaubild 21

Attraktivität des deutschen Sozialstaates

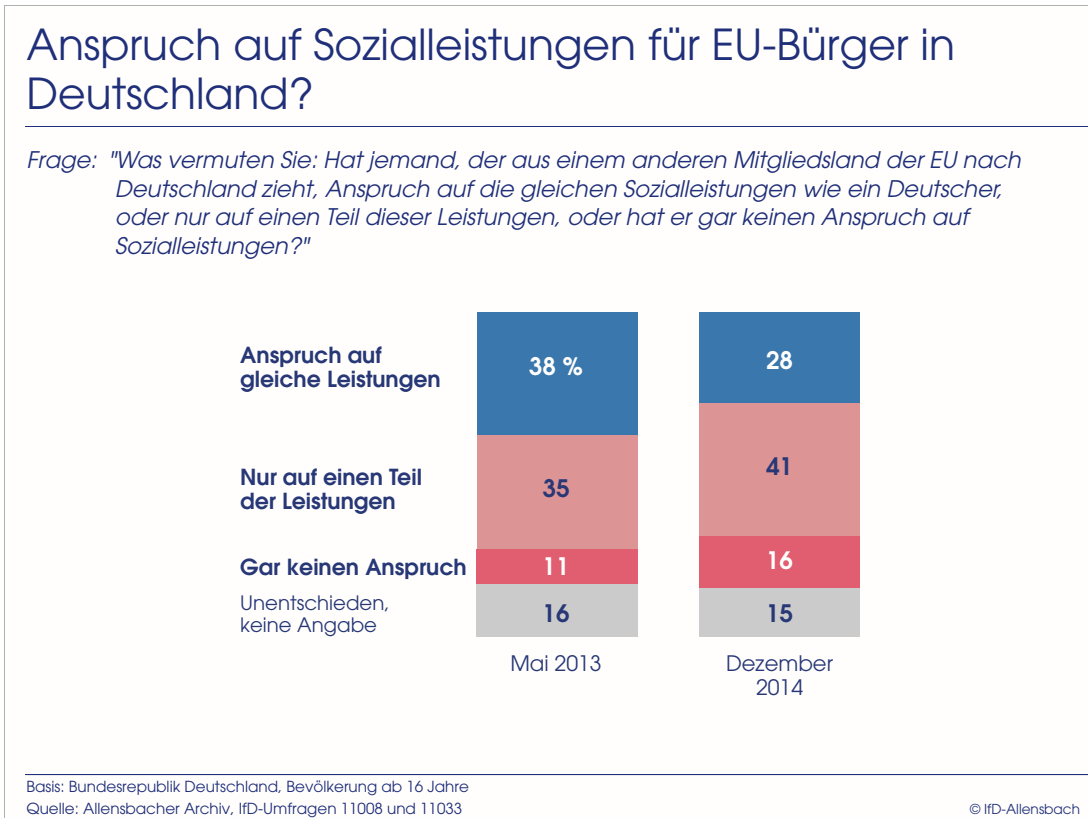
*Frage an Personen, die vermuten, dass jemand, der aus einem anderen Mitgliedsland der EU nach Deutschland zieht, hier Anspruch auf Sozialleistungen hat:
"Glauben Sie, dass es viele Menschen gibt, die nur nach Deutschland kommen, um hier Sozialleistungen zu beziehen, oder sind das Ausnahmen?"*

	Bevölkerung insgesamt	Deutschland hat durch die Zuwanderung –		
		Vorteile	gleich sich aus	Nachteile
	%	%	%	%
Gibt viele	51	33	44	65
Sind Ausnahmen	24	53	32	5
Unentschieden, keine Angabe	9	9	11	5
Es haben gar keinen Anspruch auf Sozialleistungen	16	5	13	25
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033

© IfD-Allensbach

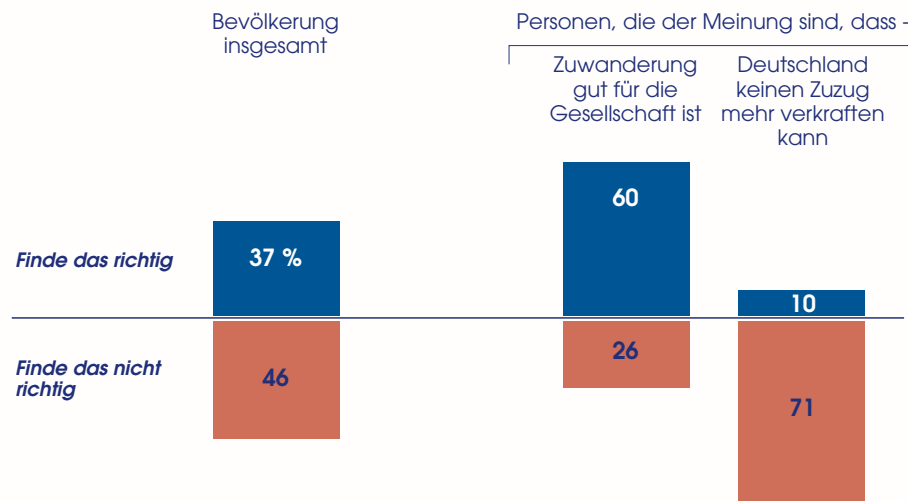
Durch seine Vorabentscheidung zum Hartz-IV-Bezug von arbeitslosen EU-Bürgern, die sich in Deutschland niederlassen – im konkreten Fall einer arbeitslosen rumänischen Frau in Leipzig –, hat der Europäische Gerichtshof den Bezug von bestimmten Sozialleistungen durch arbeitslose EU-Bürger in Deutschland erheblich erschwert. Dies hat sich auch im Wissensstand der Bevölkerung teilweise niedergeschlagen. 2013 waren noch 38 Prozent der Auffassung, dass EU-Bürger den gleichen Anspruch auf Sozialleistungen wie Inländer haben, inzwischen sind es noch 28 Prozent. 41 Prozent glauben, dass EU-Bürger nur einen Teil der Leistungen erhalten, 16 Prozent, dass sie gar keinen Anspruch haben (Schaubild 22).



Die Sorge der Bevölkerung, dass Zuwanderer vor allem aufgrund der großzügigen deutschen Sozialleistungen nach Deutschland kommen, schlägt sich auch in den Einstellungen zur Art der Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen nieder. Die Möglichkeit der Bundesländer und Kommunen, Asylbewerbern die erforderliche Unterstützung statt in Form von Sachleistungen, wie Lebensmittelpaketen oder Gutscheinen, künftig auch in Form von Bargeld zur gewähren, stößt bei fast der Hälfte der Bürger auf Ablehnung: 46 Prozent finden die Umstellung von Sach- auf Geldleistungen nicht richtig. 37 Prozent begrüßen die Neuregelung dagegen. Die Einstellung der Bürger bei dieser Frage hängt maßgeblich mit ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Zuwanderung zusammen: Diejenigen, die die positiven Folgen der Zuwanderung für die Gesellschaft in den Vordergrund stellen, halten die Umstellung auf Bargeld für richtig. Die Bürger, die der Auffassung sind, dass Deutschland keine weitere Zuwanderung verkraften kann, wünschen sich mit überwiegender Mehrheit eine Beibehaltung von Sachleistungen bzw. Gutscheinen (Schaubild 23).

Sach- oder Geldleistungen für Asylbewerber?

Frage: "In Zukunft können Asylbewerber Bargeld statt wie bisher Lebensmittelpakete oder Gutscheine als Unterstützung vom Staat erhalten. Finden Sie das richtig, oder finden Sie das nicht richtig?"



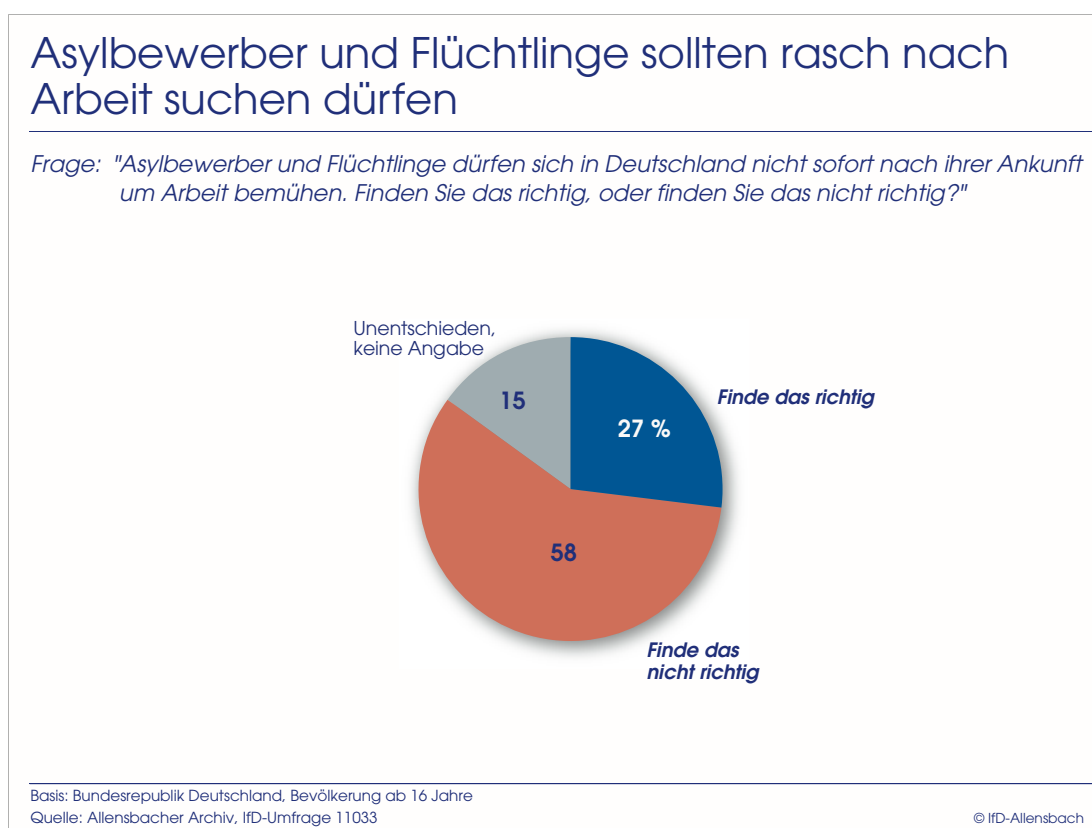
An 100 fehlende Prozent: Unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033

© IfD-Allensbach

Offen zeigt sich die Bevölkerung in Bezug auf den Zugang von Asylbewerbern und Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt: 58 Prozent der Bürger finden es nicht richtig, dass sich diese Personengruppen nicht unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland um Arbeit bemühen dürfen. Nur 27 Prozent halten die geltende Regelung, die Asylbewerbern und Flüchtlingen die sofortige Arbeitssuche verweigert, für richtig (Schaubild 24).

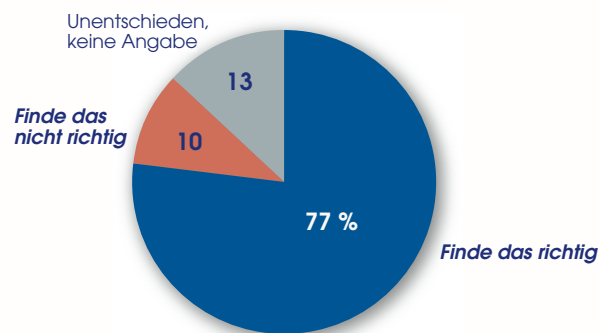
Schaubild 24



Entsprechend trifft die Verkürzung der Wartezeit für den Zugang zum Arbeitsmarkt von 9 Monaten auf 3 Monate auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Mehr als drei Viertel der Bürger halten diese Reduzierung für angemessen, lediglich 10 Prozent lehnen sie ab (Schaubild 25).

Breite Zustimmung zur verkürzten Wartezeit für eine Arbeitsaufnahme

Frage: "Seit kurzem dürfen Asylbewerber nach 3 Monaten statt wie bisher nach 9 Monaten eine Arbeit aufnehmen. Finden sie es richtig, dass Asylbewerber nun schon nach 3 Monaten eine Arbeit aufnehmen dürfen, oder finden Sie das nicht richtig?"



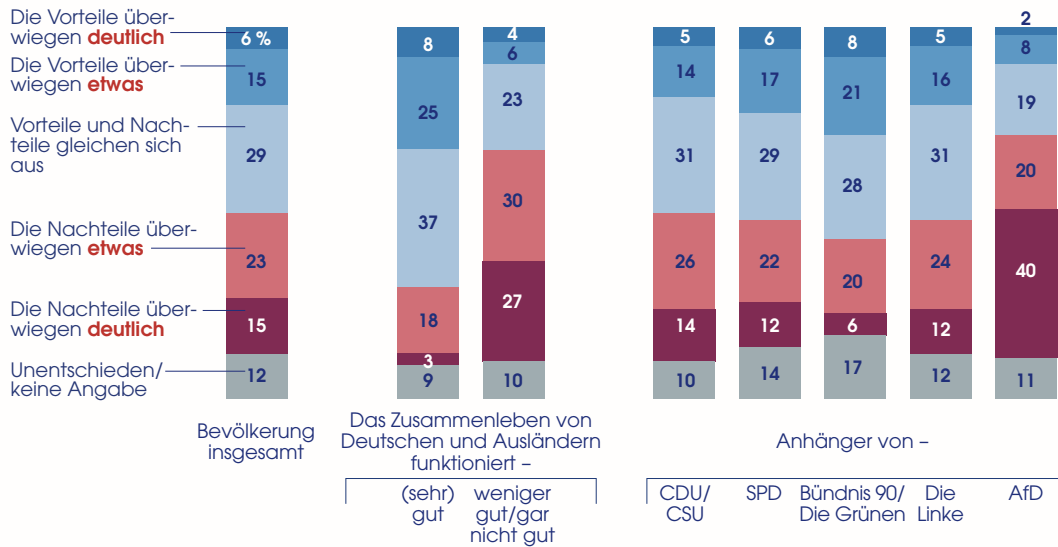
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033

© IfD-Allensbach

Angesichts der vielen Facetten von Zuwanderung zieht die Bevölkerung insgesamt eine ambivalente Bilanz: Zwar sind nur 21 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass für Deutschland die Vorteile durch die Zuwanderung deutlich oder zumindest etwas überwiegen. Gleichzeitig ziehen aber auch nur 38 Prozent ein teilweises oder gänzlich negatives Fazit der Zuwanderung nach Deutschland. 29 Prozent sind der Ansicht, dass sich Vor- und Nachteile weitgehend ausgleichen. Die Bilanz hängt dabei auch mit dem Eindruck zusammen, den man vom Zusammenleben von Deutschen und Ausländern hat. Von denjenigen, die das Zusammenleben als spannungsreich wahrnehmen, sind 57 Prozent der Meinung, dass für Deutschland die Nachteile der Zuwanderung überwiegen. Diejenigen jedoch, die das Zusammenleben als gut oder sogar sehr gut empfinden, ziehen lediglich zu 21 Prozent eine negative Bilanz. Mit Blick auf die Parteianhänger äußern sich die Anhänger der AfD besonders kritisch. 60 Prozent der AfD-Anhänger haben den Eindruck, dass die Nachteile der Zuwanderung überwiegen, 40 Prozent vertreten sogar den Standpunkt, dass die Nachteile deutlich überwiegen (Schaubild 26).

Bilanz der Zuwanderung für Deutschland

Frage: "Wie schätzen Sie das ganz generell ein: Hat Deutschland durch die Zuwanderung alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile?"



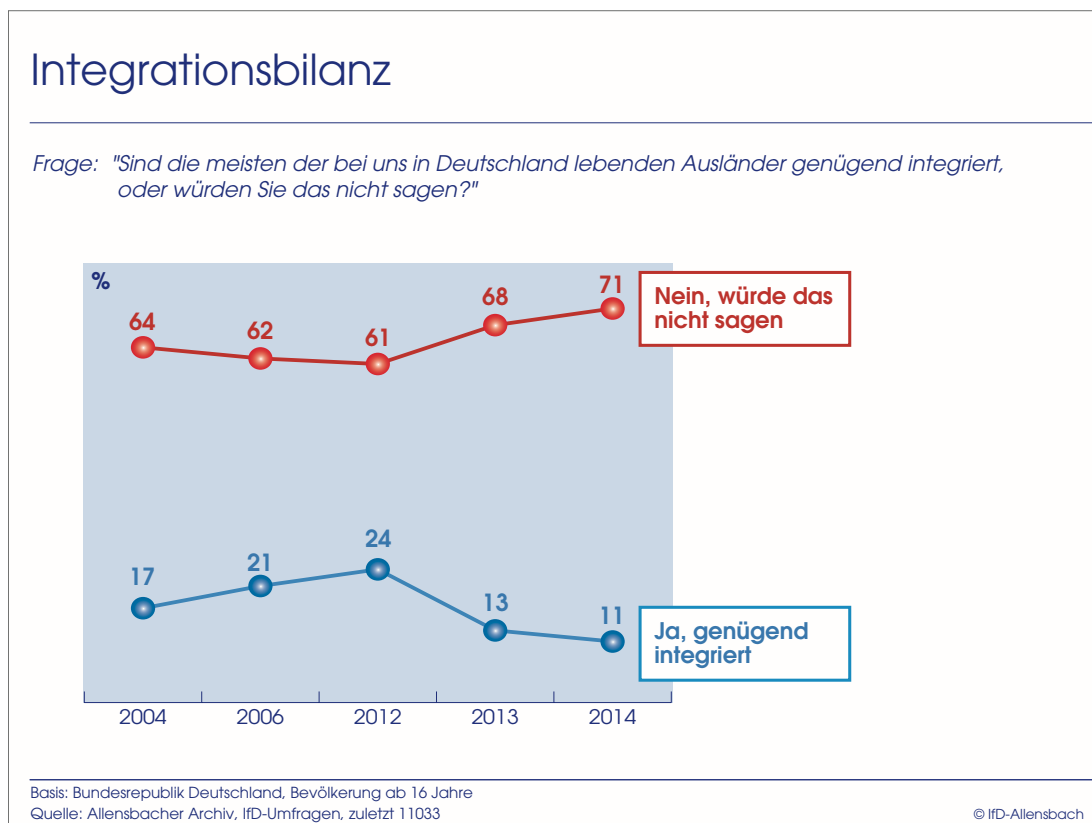
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033

© IfD-Allensbach

ÜBERWIEGEND KRITISCHE INTEGRATIONSBILANZ

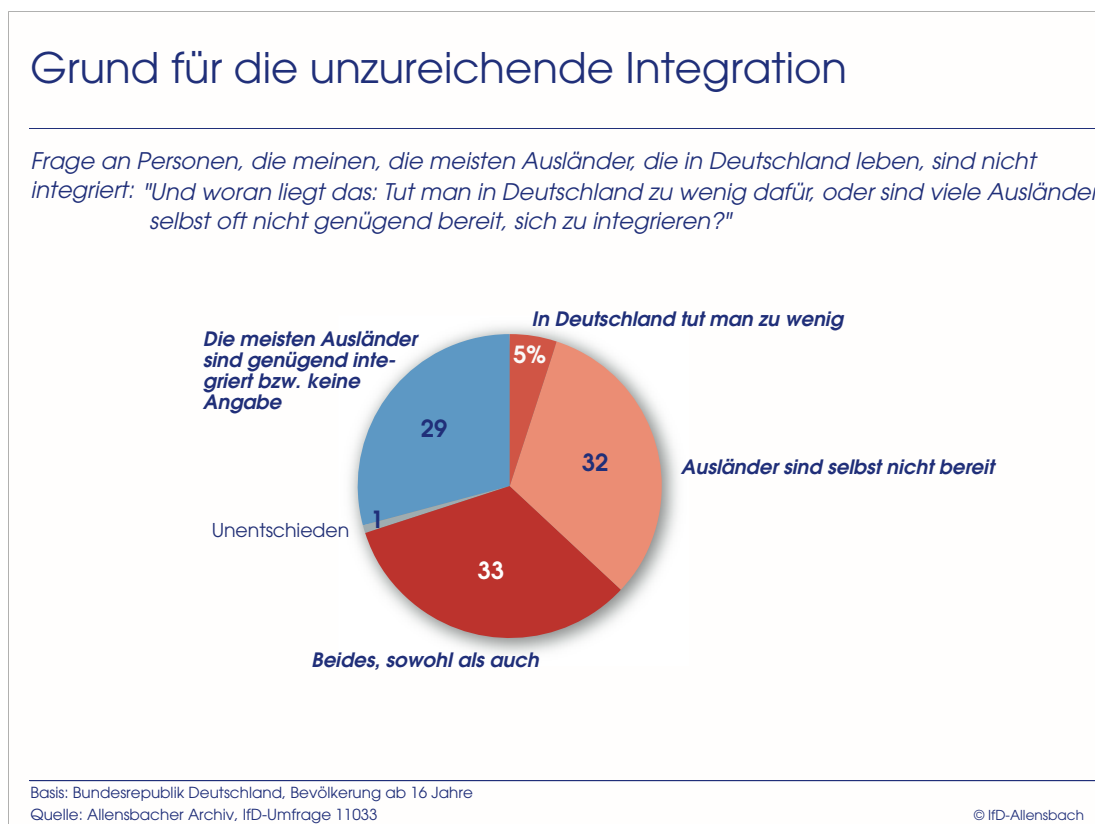
Der Stand der Integration der in Deutschland lebenden Ausländer wird seit vielen Jahren von den Bürgern weit überwiegend kritisch beurteilt. Derzeit haben 71 Prozent den Eindruck, dass die meisten der bei uns lebenden Ausländer nicht genügend integriert sind, lediglich 11 Prozent vertreten die Gegenposition. In früheren Jahren, insbesondere Mitte des letzten Jahrzehnts, aber auch noch 2012, fiel das Urteil zwar etwas günstiger aus. Aber auch damals war die überwiegende Mehrheit unzufrieden mit dem Stand der Integration (Schaubild 27).

Schaubild 27



Die Gründe für die unzureichende Integration sehen die Bürger eher bei den Zuwanderern als bei den deutschen Integrationsbemühungen. Ein Drittel verortet die Verantwortung für die mangelnde Eingliederung vorrangig bei den Zuwanderern, nur 5 Prozent bei den unzureichenden Bemühungen Deutschlands. 33 Prozent sehen auf beiden Seiten Defizite (Schaubild 28).

Schaubild 28



Bei der Bewertung dieser kritischen Einschätzung ist zu berücksichtigen, dass in der politischen Agenda der Bürger das Integrationsthema seit Jahren weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen rangiert. Von den Bürgern selbst geht entsprechend nur wenig Druck aus, diesem Thema mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

In der Frage, was die unzureichende Integration für das Zusammenleben von Deutschen und hier lebenden Ausländern bedeutet, ist die Bevölkerungsmeinung geteilt. 45 Prozent konstatieren, dass das Zusammenleben trotz der

Integrationsdefizite weitgehend reibungslos verläuft. 42 Prozent haben dagegen den Eindruck, dass das Miteinander von Deutschen und Ausländern nicht sonderlich gut funktioniert. Allerdings ist mit 5 Prozent nur eine Minderheit davon überzeugt, dass das Zusammenleben überhaupt nicht funktioniert. In Ostdeutschland, wo es weit weniger Erfahrungen mit Zuwanderung gibt als in Westdeutschland, fällt die Bewertung überdurchschnittlich kritisch aus. Mit 53 Prozent nimmt die Mehrheit der ostdeutschen Bürger das Zusammenleben als konfliktbehaftet wahr, lediglich 30 Prozent als gut oder sogar sehr gut. Unter den Parteianhängern äußern sich erneut vor allem die Anhänger der AfD kritisch. Von ihnen beschreiben 59 Prozent das Miteinander von Deutschen und hier lebenden Ausländern als weniger oder gar nicht gut. Dagegen zeichnen die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen ein besonders positives Bild des Zusammenlebens: 58 Prozent von ihnen haben den Eindruck, dass das Zusammenleben von Deutschen und hier lebenden Ausländern gut oder sogar sehr gut funktioniert (Schaubild 29).

Schaubild 29

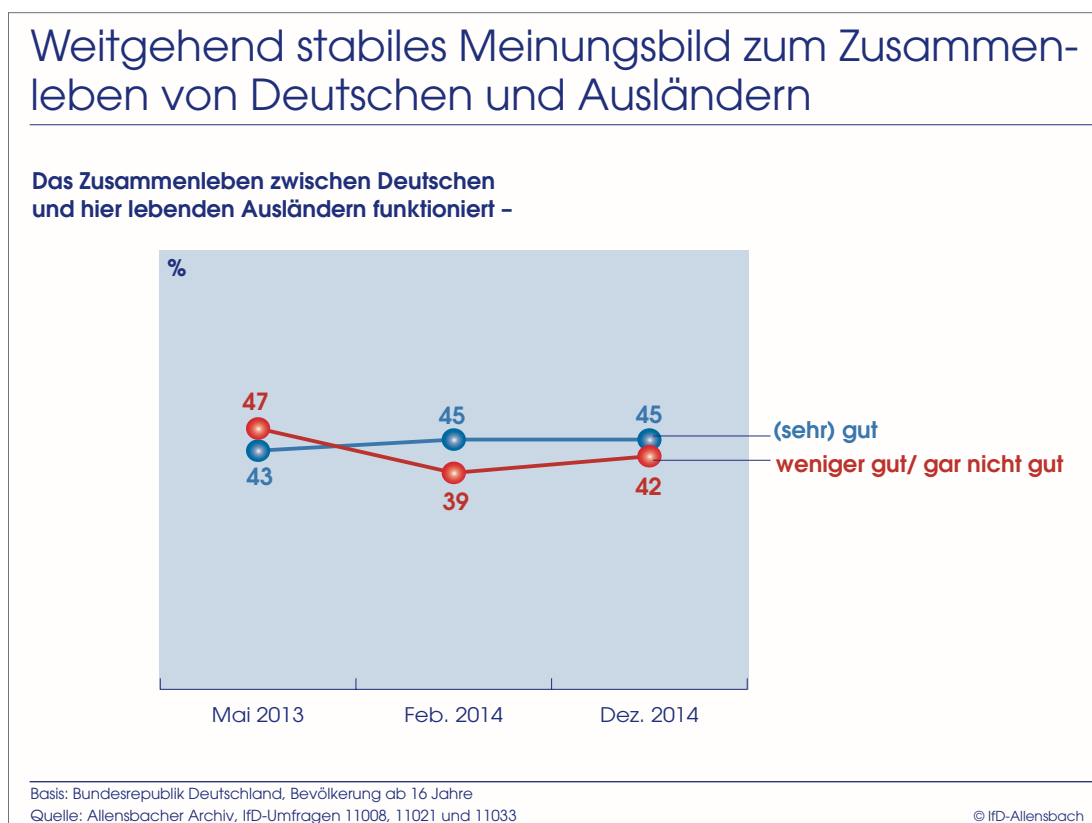
Ambivalente Bewertung des Zusammenlebens								
<i>Frage: "Wie gut funktioniert alles in allem das Zusammenleben zwischen Deutschen und den hier lebenden Ausländern?"</i>								
	Gesamt- deutsch- land	West- deutsch- land	Ost- deutsch- land	Anhänger von -				
	%	%	%	CDU/ CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	AFD
	%	%	%	%	%	%	%	%
Sehr gut	2	2	3	2	2	4	4	1
Gut	43	47	27	44	44	54	40	21
Weniger gut	37	35	47	37	38	28	37	50
Gar nicht gut	5	4	6	4	3	5	6	9
Unentschieden, keine Angabe	13	12	17	13	13	9	13	19
	100	100	100	100	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11033

© IfD-Allensbach

Die stark gestiegene Zuwanderung hat bislang keinen negativen Einfluss auf die Bewertung der Bürger zum Zusammenleben zwischen Deutschen und hier lebenden Ausländern. Das Meinungsbild fällt heute kaum anders aus als im Frühjahr 2014, im Vergleich zum Frühjahr 2013 sogar etwas günstiger. Damals hatte mit 47 Prozent die relative Mehrheit den Eindruck, dass sich das Zusammenleben eher schwierig gestaltet, 43 Prozent stellten dem gesellschaftlichen Miteinander ein gutes Zeugnis aus (Schaubild 30).

Schaubild 30



DEUTLICHE MEHRHEIT FÜR ZUWANDERUNGSGESETZ

Die Mehrheit der Bürger ist seit Jahren der Auffassung, dass Deutschland ein neues Zuwanderungsgesetz braucht, das die Zuwanderung gezielt steuert. Die Unterstützung für ein neues Zuwanderungsgesetz bewegt sich seit 2010 auf einem stabil hohen Niveau von 57 bis 60 Prozent. Lediglich rund ein Fünftel der Bevölkerung hält dies für nicht notwendig (Schaubild 31). Überdurchschnittlich hoch ist die Unterstützung für eine Neuregelung der Zuwanderung bei denjenigen, die bislang eine negative Bilanz der Zuwanderung nach Deutschland ziehen. Von ihnen wünschen sich 78 Prozent ein Zuwanderungsgesetz. Von denjenigen, für die die Vorteile der Zuwanderung für Deutschland überwiegen, halten lediglich 35 Prozent ein neues Zuwanderungsgesetz für notwendig.²

Schaubild 31

Für ein neues Zuwanderungsgesetz			
<i>Frage: "Brauchen wir in Deutschland ein neues Zuwanderungsgesetz, also ein Gesetz, das die Zuwanderung neu regelt, oder ist das in Ihren Augen nicht notwendig?"</i>			
	2010	2013	2014
	%	%	%
Brauchen neues Gesetz	57	60	57
Ist nicht notwendig	21	19	21
Unentschieden, keine Angabe	22	21	22
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10063, 11008 und 11033

© IfD-Allensbach

² Vergleiche Tabellenanhang, Tabelle 11

Nach wie vor hoch ist auch die Zustimmung für ein Zuwanderungsgesetz, das nach US-amerikanischem oder kanadischem Vorbild vor allem Zuwanderer ins Land lässt, die dort gebraucht werden (Schaubild 32). Vielen ist allerdings nicht bewusst, dass sich ein solches Zuwanderungsgesetz nur auf Zuwanderer beziehen würde, die nicht aus der EU stammen. Da die überwältigende Mehrheit der Zuwanderer aber aus anderen EU-Ländern stammt, wäre die Steuerungsfunktion eines solchen Gesetzes entsprechend geringer als viele erwarten.

Schaubild 32

Gesteuerte, qualifizierte Zuwanderung

Frage: "In den USA und in Kanada gibt es ein Zuwanderungsgesetz, das die Zuwanderung gezielt steuert. Zuwandern sollen vor allem Personen, die im Land gebraucht werden, z.B. weil sie als Arbeitskräfte gefragt sind. Wie ist Ihre Meinung: Brauchen wir in Deutschland auch ein solches Zuwanderungsgesetz, oder ist das in Ihren Augen nicht notwendig?"

	2010	2013	2014
	%	%	%
Brauchen Gesetz	72	75	61
Ist nicht notwendig	16	15	19
Unentschieden, keine Angabe	12	10	20
	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10063, 11008 und 11033 © IfD-Allensbach

Insgesamt zeigen die aktuellen Daten, dass der deutliche Anstieg der Zuwanderung, auch in Form von Flüchtlingen und Asylbewerbern, in der Bevölkerung bislang nicht zu einer verstärkten Abwehrhaltung geführt hat. Vielmehr zeigt die Trendanalyse, dass sich die Bevölkerung bei aller grundsätzlichen Skepsis mit der steigenden Zuwanderung zunehmend arrangiert. Diese Entwicklung wird maßgeblich von der robusten Lage am Arbeitsmarkt und damit einhergehend der guten wirtschaftlichen Situation großer Teile der Bevölkerung getragen.

Allensbach am Bodensee,
am 21. Januar 2015

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewertet wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

TABELLEN

**Informationsstand der Bevölkerung
über Zuwanderung**

**Einstellung zu Zuwanderung
und Integration**

HIER AUF DER LISTE HABEN WIR AUFGESCHRIEBEN, WAS UNS ANDERE ZUM THEMA ZUWANDERUNG GESAGT HABEN.
 WAS DAVON IST AUCH IHRE MEINUNG?
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 18)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		DEUTSCHLAND HAT DURCH ZUWANDERUNG -		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	VOR- TEILE	GLEICHT SICH AUS	NACH- TEILE
Basis	1564	1146	418	767	797	263	332	438	531	780	784	326	447	611
AUSLÄNDER, DIE ZU UNS KOMMEN, SOLLTEN VERPFLICHTET WERDEN, DEUTSCH ZU LERNEN...	79.8	80.4	77.1	79.9	79.7	75.4	79.1	78.6	83.6	81.0	78.7	75.0	79.9	86.5
AUSLÄNDER, DIE ZU UNS KOMMEN, SOLLTEN BEREIT SEIN, SICH IN UNSERE KULTUR HIN- EINZUFÜGEN, SICH ZU INTEGRIEREN.....	73.8	74.6	70.2	74.1	73.4	69.8	69.3	75.5	77.3	76.6	71.1	73.9	70.6	79.3
AUSLÄNDER, DIE ZU UNS KOMMEN, MÜSSEN MEHR ALS BISHER AUF EINEN KRIMINELLEN HINTERGRUND HIN ÜBERPRÜFT WERDEN....	59.7	59.0	62.6	60.2	59.2	47.1	61.0	59.6	65.8	58.4	60.9	38.6	62.8	74.0
ZUWANDERUNG IST DANN KEIN PROBLEM, WENN DIE RICHTIGEN ZUWAN- DERER NACH DEUTSCH- LAND KOMMEN, Z.B. JUNGE, QUALIFIZIERTE LEUTE, DIE AUF DEM ARBEITSMARKT GEBRAUCHT WERDEN....	51.9	53.2	46.1	54.4	49.5	48.8	50.0	51.8	54.7	53.2	50.6	50.1	58.1	52.0
WIR SOLLTEN KEINE ARMUTSZUWANDERER, Z.B. AUS BULGARIEN ODER RUMÄNIEN, MEHR NACH DEUTSCHLAND LASSEN.....	49.8	49.5	51.0	53.8	46.1	42.9	48.4	50.2	54.2	46.5	52.9	30.9	39.1	71.6
WIR BRAUCHEN ZUWAN- DERUNG, UM DEN AR- BEITSKRÄFTEBEDARF UNSERER WIRTSCHAFT IN BESTIMMTEN BEREICHEN ZU DECKEN	47.6	49.6	38.8	51.2	44.2	46.7	50.1	48.7	45.5	55.3	40.4	78.3	58.9	25.1
DURCH ZUWANDERUNG BESTEHT DIE GEFAHR, DASS DIE KRIMINALI- TÄT STEIGT.....	47.0	45.0	55.3	48.5	45.5	41.6	48.3	45.8	50.0	42.5	51.1	22.4	38.7	69.7

HIER AUF DER LISTE HABEN WIR AUFGESCHRIEBEN, WAS UNS ANDERE ZUM THEMA ZUWANDERUNG GESAGT HABEN.
 WAS DAVON IST AUCH IHRE MEINUNG?
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 18)

	ANHÄNGER DER -					ZUS.LEBEN ZW. DEUTSCHEN U.AUSLÄNDERN FUNKTIONIERT		IN D. REGION SIND		ARBEITS- MARKT BRAUCHT ZUWANDER.	ZUWANDE- RUNG IST F. GESELL- SCHAFT GUT	D. KANN KEINEN ZUZUG MEHR VERKRAFT.
	CDU/ CSU	SPD	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) GUT	WENIGER GUT	FLÜCHTL. UNTER- GEBRACHT	NICHT D. FALL			
Basis	607	404	205	144	121	666	680	925	258	703	502	273
AUSLÄNDER, DIE ZU UNS KOMMEN, SOLLTEN VERPFLICHTET WERDEN, DEUTSCH ZU LERNEN...	84.2	74.9	69.1	79.5	85.6	77.2	83.8	81.1	79.6	82.1	75.0	87.2
AUSLÄNDER, DIE ZU UNS KOMMEN, SOLLTEN BEREIT SEIN, SICH IN UNSERE KULTÜR HIN- EINZUFÜGEN, SICH ZU INTEGRIEREN.....	78.2	71.3	66.5	63.1	84.3	71.8	77.7	75.5	71.5	76.4	72.9	81.5
AUSLÄNDER, DIE ZU UNS KOMMEN, MÜSSEN MEHR ALS BISHER AUF EINEN KRIMINELLEN HINTERGRUND HIN ÜBERPRÜFT WERDEN....	64.2	54.3	50.3	58.3	74.8	51.1	70.9	61.7	56.7	57.9	48.0	82.0
ZUWANDERUNG IST DANN KEIN PROBLEM, WENN DIE RICHTIGEN ZUWAN- DERER NACH DEUTSCH- LAND KOMMEN, Z.B. JUNGE, QUALIFIZIERTE LEUTE, DIE AUF DEM ARBEITSMARKT GEBRAUCHT WERDEN....	56.3	50.7	47.3	40.7	57.4	53.7	50.6	53.0	49.4	62.5	48.6	47.8
WIR SOLLTEN KEINE ARMUTSZUWANDERER, Z.B. AUS BULGARIEN ODER RUMÄNIEN, MEHR NACH DEUTSCHLAND LASSEN.....	53.3	46.5	34.8	41.3	79.4	37.5	62.7	50.7	50.7	45.5	28.9	82.3
WIR BRAUCHEN ZUWAN- DERUNG, UM DEN AR- BEITSKRÄFTEBEDARF UNSERER WIRTSCHAFT IN BESTIMMTEN BEREICHEN ZU DECKEN	50.8	47.5	60.9	38.6	22.6	63.0	35.4	47.6	48.9	76.6	73.5	15.4
DURCH ZUWANDERUNG BESTEHT DIE GEFAHR, DASS DIE KRIMINALI- TÄT STEIGT.....	49.7	41.7	32.8	47.7	71.3	32.3	61.3	49.1	44.8	37.2	28.0	87.4

WAS VERMUTEN SIE: AUS WELCHEN GRÜNDEN KOMMEN ZUWANDERER VOR ALLEM ZU UNS?
 KÖNNTEN SIE MIR DAS NACH DIESER LISTE HIER SAGEN?
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 21)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		DEUTSCHLAND HAT DURCH		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	VOR- TEILE	GLEICHT SICH AUS	NACH- TEILE
Basis	1564	1146	418	767	797	263	332	438	531	780	784	326	447	611
WEIL IN IHREM HEIMATLAND BÜRGER- KRIEG HERRSCHT.....	85.4	85.9	83.3	85.1	85.7	82.3	88.2	85.1	85.6	87.7	83.3	89.6	90.6	81.3
WEIL IHRE WIRT- SCHAFTLICHE ODER SOZIALE SITUATION IN IHREM HEIMATLAND SO SCHLECHT IST, DASS SIE KEINE PERSPEKTIVE SEHEN...	81.0	82.3	75.4	83.1	79.0	78.5	80.5	84.1	80.0	83.6	78.5	88.7	84.7	76.5
WEIL DEUTSCHLAND EIN WOHLSTANDSLAND IST.....	71.0	71.0	70.9	72.1	70.0	69.6	70.0	71.0	72.4	70.6	71.4	59.4	64.7	84.4
WEIL SIE HOFFEN, HIER MEHR ZU VER- DIENEN ALS IN IHREM HEIMATLAND.....	67.0	66.8	67.8	67.7	66.3	68.9	68.0	67.1	65.2	68.2	65.9	69.4	64.4	69.0
WEIL SIE IN IHREM HEIMATLAND KEINE ARBEIT FINDEN.....	63.6	66.1	52.6	65.6	61.6	62.5	68.0	61.9	62.7	67.2	60.1	77.2	66.0	55.4
WEIL SIE DORT POLITISCH VERFOLGT WERDEN.....	61.7	63.2	54.9	60.8	62.5	58.7	64.3	59.5	63.4	66.2	57.4	71.1	65.5	55.4
WEIL SIE DORT AUS RELIGIÖSEN GRÜNDEN VERFOLGT WERDEN.....	60.9	62.3	55.0	61.1	60.8	60.8	62.3	59.2	61.5	65.5	56.6	74.6	64.3	52.8
WEIL ES IN IHREM HEIMATLAND EINE HUNGERKATASTROPHE ODER NATURKATA- STROPHE GIBT.....	50.1	51.3	44.9	49.3	50.9	47.2	49.4	47.2	54.5	53.7	46.7	61.1	51.8	46.7
WEIL EIN TEIL IHRER FAMILIE HIER LEBT.....	44.7	44.0	47.9	44.2	45.1	43.4	45.9	42.2	46.7	49.0	40.6	51.5	48.5	39.6
WEIL SIE GERNE IN EINER ANDEREN KULTUR LEBEN MÖCHTEN.....	3.5	3.6	3.0	3.0	4.0	4.7	3.4	3.1	3.4	2.9	4.1	6.1	2.8	3.1

WAS VERMUTEN SIE: AUS WELCHEN GRÜNDEN KOMMEN ZUWANDERER VOR ALLEM ZU UNS?
 KÖNNTEN SIE MIR DAS NACH DIESER LISTE HIER SAGEN?
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 21)

	ANHÄNGER DER -					ZUS.LEBEN ZW. DEUTSCHEN U.AUSLÄNDERN FUNKTIONIERT		IN D. REGION SIND		ARBEITS- MARKT BRAUCHT ZUWANDER.	ZUWANDE- RUNG IST F. GESELL- SCHAFT GUT	D. KANN KEINEN ZUZUG MEHR VERKRAFT.
	CDU/ CSU	SPD	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) GUT	WENIGER GUT	FLÜCHTL. UNTER- GEBRACHT	NICHT D. FALL			
Basis	607	404	205	144	121	666	680	925	258	703	502	273
WEIL IN IHREM HEIMATLAND BÜRGER- KRIEG HERRSCHT.....	87.0	87.0	87.3	84.4	75.3	91.0	79.7	86.0	86.1	90.7	92.6	77.1
WEIL IHRE WIRT- SCHAFTLICHE ODER SOZIALE SITUATION IN IHREM HEIMATLAND SO SCHLECHT IST, DASS SIE KEINE PERSPEKTIVE SEHEN...	80.9	80.9	80.6	85.4	78.3	84.5	77.6	82.4	79.7	88.4	90.0	73.9
WEIL DEUTSCHLAND EIN WOHLSTANDSLAND IST.....	76.0	66.5	63.8	70.8	75.3	64.7	76.7	70.7	67.2	68.2	59.5	88.6
WEIL SIE HOFFEN, HIER MEHR ZU VER- DIENEN ALS IN IHREM HEIMATLAND.....	69.3	62.2	65.2	70.1	74.6	65.0	69.2	67.1	59.8	71.9	69.8	75.0
WEIL SIE IN IHREM HEIMATLAND KEINE ARBEIT FINDEN.....	63.4	60.8	68.8	68.7	63.7	68.2	58.7	64.8	58.2	71.5	75.9	55.4
WEIL SIE DORT POLITISCH VERFOLGT WERDEN.....	64.3	61.8	65.0	55.8	47.6	67.9	56.5	62.5	59.2	71.7	76.9	50.7
WEIL SIE DORT AUS RELIGIÖSEN GRÜNDEN VERFOLGT WERDEN.....	60.8	63.1	71.0	57.7	46.2	69.9	53.7	61.9	57.9	71.0	76.1	44.3
WEIL ES IN IHREM HEIMATLAND EINE HUNGERKATASTROPHE ODER NATURKATA- STROPHE GIBT.....	52.4	52.6	45.2	40.5	44.9	57.8	43.2	52.7	47.0	58.4	63.0	45.3
WEIL EIN TEIL IHRER FAMILIE HIER LEBT.....	45.2	42.2	44.4	53.0	49.4	44.5	45.2	47.1	42.1	49.4	52.9	40.5
WEIL SIE GERNE IN EINER ANDEREN KULTUR LEBEN MÖCHTEN.....	2.6	3.8	4.4	6.2	3.4	4.0	3.0	2.9	6.4	3.3	5.9	4.4

Steuerung von Zuwanderung

Anspruch auf Sozialleistungen

Arbeitsmarkt

HALBGRUPPE B..... 818

SEIT DEM 1. JANUAR 2014 GILT DIE ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT AUCH FÜR RUMÄNIEN UND BULGARIEN. DAMIT IST GEMEINT, DASS RUMÄNISCHE UND BULGARISCHE ARBEITNEHMER IN EINEM ANDEREN MITGLIEDSLAND DER EU OHNE EINSCHRÄNKUNGEN ARBEITEN DÜRFEN. FINDEN SIE DAS GUT, ODER FINDEN SIE DAS NICHT GUT?
 (FRAGE 46a/B)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		DEUTSCHLAND HAT DURCH ZUWANDERUNG -		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER-ESSIERT	NICHT INTER-ESSIERT	VOR-TEILE	GLEICHT SICH AUS	NACH-TEILE
Basis	818	604	214	401	417	141	164	229	284	403	415	167	244	306
FINDE ICH GUT.....	29.4	29.6	28.6	30.4	28.6	36.0	33.3	27.2	25.3	32.1	27.1	59.3	33.6	12.5
FINDE ICH NICHT GUT. UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE.....	41.1	40.6	43.1	43.0	39.2	37.6	37.2	40.4	46.0	40.0	42.0	17.9	35.6	64.0
GEW. BASIS	29.5	29.8	28.3	26.7	32.2	26.3	29.6	32.5	28.7	27.9	30.9	22.7	30.9	23.5
	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
	ANHÄNGER DER -					ZUS. LEBEN ZW. DEUTSCHEN U. AUSLÄNDERN FUNKTIONIERT			IN D. REGION SIND	ARBEITS-	ZUWANDE-	D. KANN		
	CDU/ CSU	SPD	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	(SEHR) GUT	WENIGER GUT		FLÜCHTL. UNTER- GEBRACHT	NICHT D. FALL	MARKT BRAUCHT ZUWANDER.	RUNG IST F. GESELL- SCHAFT GUT	KEINEN ZUZUG MEHR VERKRAFT.	
Basis	311	204	118	73	65	356	349		498	132	378	272	140	
FINDE ICH GUT.....	24.1	29.2	44.9	45.1	12.9	42.0	18.1		30.7	28.0	43.1	50.7	4.9	
FINDE ICH NICHT GUT. UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE.....	44.4	38.0	18.5	42.3	72.8	28.6	55.5		39.8	47.3	27.5	23.1	74.5	
GEW. BASIS	31.5	32.8	36.6	12.6	14.3	29.3	26.3		29.6	24.7	29.4	26.2	20.7	
	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	

Flüchtlinge

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	542	204	746	Personen
B	604	214	818	Personen
Insgesamt	1146	418	1564	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 440 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 1. bis 12. Dezember 2014 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.033

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.033 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Dezember 2014			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A	B	
		%	%	%
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	19	19	19	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	14	14	14	14
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	21	21	21	21
45 - 59 Jahre	28	28	28	28
60 Jahre und älter	33	33	33	33
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2013

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.033 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Dezember 2014			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	61	61	61	61
Nichterwerbspersonen	39	39	39	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	14	13	14	13
Angestellte	38	38	38	38
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	7	6	7
Nichterwerbspersonen	39	39	39	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	52	52	52	53
- Männer	26	26	26	27
- Frauen	26	26	26	26
Ledig	31	31	31	31
Verwitwet, geschieden	17	17	17	16
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	24	24	24	24
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	17	17
- 4 Personen	14	14	13	14
- 5 und mehr Personen	5	5	6	5
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2013

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 11033
Dezember 2014

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu neutralen Themen:

1. a) "Zum Thema Zuwanderung:
T Nach allem, was Sie wissen oder vermuten:
Ist die Zahl der Menschen, die aus dem Ausland nach
Deutschland zuwandern, in den letzten ein, zwei Jahren
stark oder etwas gestiegen, oder stark oder etwas zurück-
gegangen, oder hat sich da nicht viel verändert?"
- | | | |
|--|---------------------------------|---|
| | STARK GESTIEGEN | 1 |
| | ETWAS GESTIEGEN | 2 |
| | STARK ZURÜCKGEGANGEN..... | 3 |
| | ETWAS ZURÜCKGEGANGEN | 4 |
| | NICHT VIEL VERÄNDERT | 5 |
| | WEISS NICHT, KEINE ANGABE | 6 |
-
- b) "Wie sehen Sie das für die Zukunft:
Glauben Sie, dass die Zahl der Zuwanderer nach
Deutschland in den nächsten Jahren eher steigen wird,
oder wird sie eher abnehmen oder gleich bleiben?"
- | | | |
|--|----------------------------------|----|
| | WIRD STEIGEN | 1* |
| | WIRD ABNEHMEN..... | 2 |
| | WIRD GLEICH BLEIBEN | 3 |
| | UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE | 4 |
- "Und rechnen Sie mit einer deutlichen oder
nur mit einer geringfügigen Zunahme der
Zuwanderung nach Deutschland?"
- | | | |
|--|----------------------------------|---|
| | DEUTLICHE ZUNAHME | 5 |
| | GERINGFÜGIGE ZUNAHME..... | 6 |
| | UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE | 7 |
-
2. INTERVIEWER überreicht **weiße** Liste 1 !
t "Hier auf der Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere zum Thema Zuwanderung
gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung?" (Alles Genannte einkreisen!)
- / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 /
- | | | |
|--|--------------------|---|
| | NICHTS DAVON..... | 0 |
| | KEINE ANGABE | 9 |
-
3. "Wie gut funktioniert alles in allem das Zusammenleben
T zwischen Deutschen und den hier lebenden Ausländern?
Würden Sie sagen, das Zusammenleben funktioniert ..."
- | | | |
|--|----------------------------------|---|
| | "sehr gut" | 1 |
| | "gut"..... | 2 |
| | "weniger gut"..... | 3 |
| | "gar nicht gut"..... | 4 |
| | UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE | 5 |
-
4. INTERVIEWER überreicht **graue** Liste 2 !
t "Was vermuten Sie: Aus welchen Ländern oder Regionen kommen derzeit besonders viele
Zuwanderer nach Deutschland, welche Länder oder Regionen spielen da eine große Rolle?"
(Alles Genannte einkreisen!)
- / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 /
- | | | |
|--|--------------------------------|---|
| | KEINE DAVON..... | 0 |
| | WEISS NICHT, KEINE ANGABE..... | Y |
-
5. INTERVIEWER überreicht **grüne** Liste 3 !
t "Was vermuten Sie: Aus welchen Gründen kommen Zuwanderer vor allem zu uns?
Könnten Sie mir das nach dieser Liste hier sagen?"
(Alles Genannte einkreisen!)
- / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
- | | | |
|--|-------------------|---|
| | NICHTS DAVON..... | Y |
|--|-------------------|---|

6.	"Wie schätzen Sie das ganz generell ein: Hat Deutschland durch die Zuwanderung alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile? Würden Sie sagen..."	"die Vorteile überwiegen deutlich" 1 "die Vorteile überwiegen etwas" 2 "Vor- und Nachteile gleichen sich aus" 3 "die Nachteile überwiegen etwas" 4 "die Nachteile überwiegen deutlich" 5 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 6
<hr/>		
7. T	"Wie ist Ihre Meinung: Sind die meisten der bei uns in Deutschland lebenden Ausländer genügend integriert, oder würden Sie das nicht sagen?"	JA, GENÜGEND INTEGRIERT..... 1 NEIN, WÜRDEN ICH NICHT SAGEN 2* UNENTSCHIEDEN 3
*	"Und woran liegt das: Tut man in Deutschland zu wenig dafür, oder sind viele Ausländer selbst oft nicht genügend bereit, sich zu integrieren?"	IN DEUTSCHLAND TUT MAN ZU WENIG .. 4 AUSLÄNDER SIND SELBST NICHT BEREIT 5 BEIDES, SOWOHL ALS AUCH 6 UNENTSCHIEDEN 7

In der repräsentativen Halbgruppe A:

8. T	"Brauchen wir in Deutschland ein neues Zuwanderungs- gesetz, also ein Gesetz, das die Zuwanderung neu regelt, oder ist das in Ihren Augen nicht notwendig?"	BRAUCHEN NEUES GESETZ 1 IST NICHT NOTWENDIG 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
---------	---	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

8. T	"In den USA und in Kanada gibt es ein Zuwanderungsgesetz, das die Zuwanderung gezielt steuert. Zuwandern sollen vor allem Personen, die im Land gebraucht werden, z.B. weil sie als Arbeitskräfte gefragt sind. Wie ist Ihre Meinung: Brauchen wir in Deutschland auch ein solches Zu- wanderungsgesetz, oder ist das in Ihren Augen nicht notwendig?"	BRAUCHEN GESETZ..... 1 IST NICHT NOTWENDIG 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
---------	---	---

In der repräsentativen Viertelgruppe A':

9. t	"Angenommen, für die Stelle einer Fachkraft in einem deutschen Unter- nehmen gibt es keine geeigneten deutschen Bewerber. Sollte eine geeignete Fachkraft aus der Schweiz nach Deutschland einwandern dürfen, um die Stelle zu besetzen, oder sollte sie nicht einwandern dürfen?"	SOLLTE EINWANDERN DÜRFEN 1 SOLLTE NICHT EINWANDERN DÜRFEN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
---------	--	--

In der repräsentativen Viertelgruppe A'':

9. t	"Angenommen, für die Stelle einer Fachkraft in einem deutschen Unter- nehmen gibt es keine geeigneten deutschen Bewerber. Sollte eine geeignete Fachkraft aus der Türkei nach Deutschland einwandern dürfen, um die Stelle zu besetzen, oder sollte sie nicht einwandern dürfen?"	SOLLTE EINWANDERN DÜRFEN 1 SOLLTE NICHT EINWANDERN DÜRFEN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
---------	---	--

In der repräsentativen Viertelgruppe B':

<u>9.</u> t	"Angenommen, für die Stelle einer Fachkraft in einem deutschen Unternehmen gibt es keine geeigneten deutschen Bewerber. Sollte eine geeignete Fachkraft aus Indien nach Deutschland einwandern dürfen, um die Stelle zu besetzen, oder sollte sie nicht einwandern dürfen?"	SOLLTE EINWANDERN DÜRFEN 1 SOLLTE NICHT EINWANDERN DÜRFEN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----------------	---	--

In der repräsentativen Viertelgruppe B'':

<u>9.</u> t	"Angenommen, für die Stelle einer Fachkraft in einem deutschen Unternehmen gibt es keine geeigneten deutschen Bewerber. Sollte eine geeignete Fachkraft aus Russland nach Deutschland einwandern dürfen, um die Stelle zu besetzen, oder sollte sie nicht einwandern dürfen?"	SOLLTE EINWANDERN DÜRFEN 1 SOLLTE NICHT EINWANDERN DÜRFEN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----------------	---	--

Nach einigen Zwischenfragen zu neutralen Themen:

10. t	"Was vermuten Sie: Hat jemand, der aus einem anderen Mitgliedsland der EU nach Deutschland zieht, Anspruch auf die gleichen Sozialleistungen wie ein Deutscher, oder nur auf einen Teil dieser Leistungen, oder hat er gar keinen Anspruch auf Sozialleistungen?"	ANSPRUCH AUF GLEICHE LEISTUNGEN..... 1 NUR AUF EINEN TEIL DER LEISTUN- GEN 2 GAR KEINEN ANSPRUCH..... 3** UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4
----------	--	---

** Gleich übergehen zu Frage 12 !

11. T	"Glauben Sie, dass es viele Menschen gibt, die nur nach Deutschland kommen, um hier Sozialleistungen zu beziehen, oder sind das Ausnahmen?"	GIBT VIELE 1 SIND AUSNAHMEN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----------	---	--

In der repräsentativen Halbgruppe A:

<u>12.</u> t	"Innerhalb der EU gilt die sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Damit ist gemeint, dass man als Arbeitnehmer in einem anderen Mitgliedsland der EU ohne Einschränkungen arbeiten darf. Finden Sie es gut, dass es innerhalb der EU diese Regelung gibt, oder finden Sie das nicht gut?"	FINDE ICH GUT..... 1 FINDE ICH NICHT GUT..... 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
-----------------	--	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

<u>12.</u> a) t	"Seit dem 1. Januar 2014 gilt die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Rumänien und Bulgarien. Damit ist gemeint, dass rumänische und bulgarische Arbeitnehmer in einem anderen Mitgliedsland der EU ohne Einschränkungen arbeiten dürfen. Finden Sie das gut, oder finden Sie das nicht gut?"	FINDE ICH GUT..... 1 FINDE ICH NICHT GUT..... 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
b) T	"Glauben Sie, dass Deutschland von der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien profitiert und viele Unternehmen diese Zuwanderer gut gebrauchen können, oder glauben Sie das nicht?"	DEUTSCHLAND PROFITIERT..... 4 GLAUBE DAS NICHT 5 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 6

In der repräsentativen Halbgruppe A:

13.	Wie schätzen Sie das ein:	VIELE GUT AUSGEBILDET	1
t	Sind unter den Zuwanderern, die nach Deutschland kommen, viele gut ausgebildete Arbeitskräfte oder sind das eher wenige?"	EHER WENIGE	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

13.	"Wie schätzen Sie das ein:	VIELE GUT AUSGEBILDETE	1
T	Sind unter den Zuwanderern, die aus Rumänien und Bulgarien kommen, viele gut ausgebildete Arbeitskräfte oder sind das eher wenige?"	EHER WENIGE	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

14.	"Seit einiger Zeit kommen verstärkt Flüchtlinge aus den Krisengebieten in Syrien und dem Irak nach Deutschland. Wie sollte sich Deutschland Ihrer Meinung nach bei der Aufnahme von Flüchtlingen verhalten: Sollte Deutschland bereit sein, so viele Flüchtlinge aufzunehmen, wie man hier unterbringen und versorgen kann, oder sollte Deutschland eher versuchen, möglichst wenig Flüchtlinge aufzunehmen?"	VIELE FLÜCHTLINGE	1
		MÖGLICHST WENIG FLÜCHTLINGE....	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

14.	"Seit einiger Zeit kommen verstärkt Flüchtlinge aus den Krisengebieten in Syrien und dem Irak nach Deutschland. Glauben Sie, dass Deutschland in der Lage ist, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen, oder ist das nicht möglich?"	IN DER LAGE	1
		NICHT MÖGLICH	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3
15.	"Wissen Sie das zufällig: Sind bei Ihnen in der Region in letzter Zeit auch Flüchtlinge untergebracht worden, oder ist das nicht der Fall?"	FLÜCHTLINGE UNTERGEBRACHT	1*
		NICHT DER FALL	2
		WEISS NICHT, KEINE ANGABE	3
	* "Und sorgt die Unterbringung der Flüchtlinge für Probleme, weil z.B. nicht ausreichend Platz zur Verfügung steht oder die Wohnverhältnisse nicht gut sind, oder gibt es mit der Unterbringung keine Probleme?"	SORGT FÜR PROBLEME	4
		GIBT KEINE PROBLEME	5
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	6

In der repräsentativen Halbgruppe A:

16.	"Asylbewerber und Flüchtlinge dürfen sich in Deutschland nicht sofort nach ihrer Ankunft um Arbeit bemühen. Finden Sie das richtig, oder finden Sie das nicht richtig?"	FINDE DAS RICHTIG.....	1
		FINDE DAS NICHT RICHTIG.....	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

16.	"Seit kurzem dürfen Asylbewerber nach 3 Monaten statt wie bisher nach 9 Monaten eine Arbeit aufnehmen. Finden Sie es richtig, dass Asylbewerber nun schon nach 3 Monaten eine Arbeit aufnehmen dürfen, oder finden Sie das nicht richtig?"	FINDE DAS RICHTIG.....	1
		FINDE DAS NICHT RICHTIG.....	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3
17.	"In Zukunft können Asylbewerber Bargeld statt wie bisher Lebensmittelpakete oder Gutscheine als Unterstützung vom Staat erhalten. Finden Sie das richtig, oder finden Sie das nicht richtig?"	FINDE DAS RICHTIG.....	1
		FINDE DAS NICHT RICHTIG.....	2
		UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE	3

L I S T E 1

- (1) Wir brauchen die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften, um international konkurrenzfähig zu bleiben
- (2) Bei uns werden zu wenig Kinder geboren, darum brauchen wir mehr Zuwanderung von Arbeitskräften, um unsere Sozialversicherungssysteme zu finanzieren
- (3) Wir brauchen Zuwanderung, um den Arbeitskräftebedarf unserer Wirtschaft in bestimmten Bereichen zu decken
- (4) Solange es bei uns so viele Arbeitslose gibt, brauchen wir keine Zuwanderung
- (5) Ausländer, die zu uns kommen, sollten verpflichtet werden, Deutsch zu lernen
- (6) Ausländer, die zu uns kommen, sollten bereit sein, sich in unsere Kultur hineinzufinden, sich zu integrieren
- (7) Bei uns leben schon so viele Ausländer, wir können keine weiteren mehr aufnehmen
- (8) Zuwanderung tut unserer Gesellschaft gut, sie wird dadurch offener und lebendiger
- (9) Wir sollten keine Armutszuwanderer, z.B. aus Bulgarien oder Rumänien, mehr nach Deutschland lassen
- (10) Die Zuwanderung nach Deutschland sollte gestoppt werden, um zu vermeiden, dass Anhänger terroristischer Gruppen zu uns kommen
- (11) Ausländer, die zu uns kommen, müssen mehr als bisher auf einen kriminellen Hintergrund hin überprüft werden
- (12) Zuwanderung ist dann kein Problem, wenn die richtigen Zuwanderer nach Deutschland kommen, z.B. junge, qualifizierte Leute, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden
- (13) Durch mehr Zuwanderung besteht die Gefahr, dass die Kriminalität steigt

L I S T E 2

- (1) Türkei
- (2) Griechenland
- (3) Slowakei
- (4) Russland
- (5) Bulgarien
- (6) Rumänien
- (7) Italien
- (8) Spanien
- (9) Portugal
- (10) Tschechien
- (11) Slowenien
- (12) Frankreich
- (13) Polen
- (14) Ungarn
- (15) Österreich
- (16) Afrika
- (17) Naher Osten, z.B. Syrien, Irak
- (18) Asien
- (19) Amerika

Aus welchen Gründen kommen Zuwanderer vor allem zu uns?

- (1) Weil sie in ihrem Heimatland keine Arbeit finden
- (2) Weil ein Teil ihrer Familie hier lebt
- (3) Weil in ihrem Heimatland Bürgerkrieg herrscht
- (4) Weil sie dort aus religiösen Gründen verfolgt werden
- (5) Weil sie dort politisch verfolgt werden
- (6) Weil Deutschland ein Wohlstandsland ist
- (7) Weil sie gerne in einer anderen Kultur leben möchten
- (8) Weil sie hoffen, hier mehr zu verdienen als in ihrem Heimatland
- (9) Weil es in ihrem Heimatland eine Hungerkatastrophe oder Naturkatastrophen gibt
- (10) Weil ihre wirtschaftliche oder soziale Situation in ihrem Heimatland so schlecht ist, dass sie keine Perspektive sehen